

18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Kurzprotokoll der 15. Sitzung

Unterausschuss "Bürgerschaftliches Engagement"

Berlin, den 1. Juli 2015, 17:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal: E.600

Vorsitz: Willi Brase, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 6**

Fachgespräch zum Thema
"Freiwilligenmanagement"

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 13**

Fachgespräch zum Thema "Service Learning an
Schulen und Hochschulen"

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 21**

Verschiedenes



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

**Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement
(13. Ausschuss)**

Mittwoch, 1. Juli 2015, 17:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Pahlmann, Ingrid		Irlstorfer, Erich	
Pantel, Sylvia		Koob, Markus	
Patzelt, Martin		Schiewerling, Karl	
Steiniger, Johannes		Steffel Dr., Frank	
Stier, Dieter		Stefinger Dr., Wolfgang	
Wellenreuther, Ingo		Strenz, Karin	
Zollner, Gudrun		Wendt, Marian	
SPD		SPD	
Bahr, Ulrike		Engelmeier, Michaela	
Brase, Willi		Junge, Frank	
Diaby Dr., Karamba		Rix, Sönke	
Stadler, Svenja		Schlegel Dr., Dorothee	
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Hein Dr., Rosemarie		Werner, Katrin	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Schulz-Asche, Kordula		Schauws, Ulle	

Stand: 24. Juni 2015
Referat ZT 4-Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

off

**Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement
(13. Ausschuss)**

Mittwoch, 1. Juli 2015, 17:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE.	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
C. Bähr	DIE LINKE	
A. Ransce	B90/Wim	
F. Gehrke	B50/Güne	
	CDU/CSU	
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015
Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Tagungsbüro

Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches
Engagement (13. Ausschuss)
Mittwoch, 1. Juli 2015, 17:00 Uhr

Seite 3

Bundesrat

Land	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amts- bezeichnung
Baden-Württemberg	_____	_____	_____
Bayern	_____	_____	_____
Berlin	_____	_____	_____
Brandenburg	_____	_____	_____
Bremen	_____	_____	_____
Hamburg	_____	_____	_____
Hessen	_____	_____	_____
Mecklenburg-Vorpommern	WEIHER, STEPHAN	S. Weiker	RI
Niedersachsen	_____	_____	_____
Nordrhein-Westfalen	_____	_____	_____
Rheinland-Pfalz	_____	_____	_____
Saarland	_____	_____	_____
Sachsen	GRÄBLICH-FRIEDBERGER	R. J. ...	Rap ...
Sachsen-Anhalt	_____	_____	_____
Schleswig-Holstein	_____	_____	_____
Thüringen	_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015

Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zur öffentlichen 15. Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“, in der zwei Fachgespräche zu den Themen „Freiwilligenmanagement“ und „Service Learning an Schulen und Hochschulen“ auf der Tagesordnung stünden. Besonders willkommen heiße er die Sachverständigen der heutigen Sitzung: Frau Martina Löw, Teamleiterin Freiwilligenmanagement beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Frau Birgit Weber, stellvertretende Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), die Herrn Kemnitzer vertrete. Außerdem begrüße er Frau Dr. Reinhild Hugenroth, Sprecherin der AG 2 „Bildung und Qualifizierung“ des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE) sowie Herrn Dr. Detlev Buchholz, Sprecher des Hochschulnetzwerkes „Bildung durch Verantwortung“.

Tagesordnungspunkt 1

Fachgespräch zum Thema "Freiwilligenmanagement"

Der **Vorsitzende** weist auf die als Tischvorlage verteilten Präsentationen von Frau Weber (*Anlage 1*) und Frau Löw (*Anlage 2*) hin.

Frau **Birgit Weber** (bagfa) erklärt einleitend, Freiwilligenmanagement bedeute vor allem, eine Kultur und ein Bewusstsein für die Zusammenarbeit mit Freiwilligen in einer Organisation zu haben. Schon die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ habe in ihrem Bericht empfohlen, dass Freiwilligenagenturen nicht nur Freiwillige über bestehende Engagementangebote informieren, sondern dass sie auch den Organisationen als Ansprechpartner für den Umgang mit den Freiwilligen zur Verfügung stehen sollten. Freiwilligenmanagement sei nicht einfach nur schönes Beiwerk, sondern ein Prozess, der tief in die Entwicklung einer Organisation eingreife. Dies stellten viele Organisationen fest, die sich auf diesen Prozess einließen und ihn ernsthaft betrieben. Am Anfang stehe dabei oft der Wunsch der Organisationen, Freiwillige zu finden und mit ihnen zusammenzuarbeiten. Dies gelinge leichter, wenn die Organisationen auf eine solche Kooperation vorbereitet seien.

Auf Seite 4 ihrer Präsentation finde man die Freiwilligenmanagement-Definition aus dem Handbuch Freiwilligenmanagement. Eine bewusste Grundhaltung und ein wertschätzender Umgang mit den Engagierten, aber auch klare Verfahren und Regelungen sowie die Einbettung des Themas in die Strategie der Organisation seien dort als zentrale Elemente genannt. In den Curricula zum Thema „Freiwilligenkoordination“ seien Inhalte wie wirkungsvolle Planung, freiwillige Mitarbeit, Gewinnung von Freiwilligen, Kooperation von Haupt- und Ehrenamtlichen und Anerkennung enthalten. Ein wichtiges Thema sei auch, Freiwillige dazu zu befähigen, sich kompetent in Einrichtungen und Organisationen einbringen zu können. Selbst die Entwicklung einer Abschiedskultur zähle dazu, auch wenn sich dies zunächst vielleicht ein wenig merkwürdig anhöre. Denn es sei besser, getrennte Wege zu gehen, wenn man merke, dass man nicht zusammenpasse, als einen solchen Schritt zu lange hinauszuzögern.

Eine Frage an die bagfa im Einladungsschreiben sei gewesen, was sie im Bereich des Freiwilligenmanagements tue. Als Mitgliederorganisation habe die bagfa ein großes Interesse daran, dass die Freiwilligenagenturen ihre Aufgaben vor Ort gut wahrnehmen könnten. Dazu habe man unterschiedliche Formen der Unterstützung entwickelt. Seit 2009 vergebe man z. B. einen Innovationspreis für Freiwilligenmanagement in der Freiwilligenagentur, denn schließlich seien Freiwilligenagenturen auch Organisationen, in denen Ehrenamtliche und Freiwillige mitarbeiteten. Darüber hinaus habe man ein eigenes Qualitätsmanagementsystem aufgebaut, das verschiedene Elemente beinhalte: Wie sei z. B. der Erstkontakt mit einer Einstellungsstelle organisiert? Welche Fragen müssten gestellt werden, um einen Überblick zu erhalten? Gebe es einen Ansprechpartner für die Freiwilligen? Welche Kultur gebe es in der Organisation? Wie seien Einarbeitung und Vertretung geregelt? Diese Punkte hörten sich vielleicht selbstverständlich an, sie seien es in der Praxis aber oft nicht.

Darüber hinaus habe man ein Fortbildungsprogramm zur Ausbildung von Trainern entwickelt, das ab 2016 zu einem modularen Fortbildungssystem weiterentwickelt werden solle. Dabei gehe es insbesondere um die Zusammenarbeit mit Ein-



satzstellen und Organisationen, aber auch um das Thema „Freiwilligenmanagement“, da man der Überzeugung sei, dass insbesondere kleinere Freiwilligenagenturen bei der Entwicklung von qualifizierten Beratungsangeboten unterstützt werden müssten.

Ferner gebe man Informationen wie den von der Freiwilligenagentur Magdeburg entwickelten Leitfaden für ein gelingendes Freiwilligenmanagement mit dem Titel „Freiwillige willkommen!!!“ heraus. Denn die Organisationen müssten sich bewusst werden, dass das Finden von Freiwilligen keine Selbstverständlichkeit (mehr) sei und dass die Freiwilligen heute oft mit ganz anderen Fragen und Mitbestimmungsansprüchen an die Organisationen heranträten. Die Freiwilligenagenturen seien daher aus Sicht der bagfa Botschafter für ein modernes Freiwilligenmanagement. Eine aktuelle Umfrage habe gezeigt, dass die Beratung, Information und Vermittlung von Freiwilligen sowie die Zusammenarbeit mit Organisationen zum Standardrepertoire aller Freiwilligenagenturen zählten. 90 Prozent der Agenturen sähen zudem die Qualifizierung und Begleitung von freiwillig Engagierten als ihre Aufgabe an und rund 60 Prozent der Agenturen übernahmen für die Organisationen auch die Qualifizierung und Beratung von hauptamtlichen Fachkräften, da die Zusammenarbeit mit Freiwilligen nicht einfach von oben vorgegeben werden könne. Vielmehr müssten hauptamtliche Mitarbeiter auf diese Aufgabe vorbereitet und etwaige Ängste, wie etwa vor dem Verlust von Arbeitsplätzen durch den Einsatz von Freiwilligen, offen angesprochen werden.

Im Folgenden wolle sie kurz darauf eingehen, wie eine Beratung konkret aussehe. Von zentraler Bedeutung für die Freiwilligen sei, ob es so etwas wie eine Tätigkeitsbeschreibung für das gebe, was sie in einer Organisation tun sollten. Auch die Frage der Aufgaben- und Verantwortungsübernahme und vorhandene Ansprechpartner spielten für sie eine ebenso wichtige Rolle wie die Themen „Qualifizierung“, „Einarbeitung“, „Auslagenersatz“ und „Versicherungsschutz“.

Bei der Beratung der Organisationen stellten sich ebenfalls eine Reihe von Fragen: Welche Rahmen-

bedingungen für den Einsatz von Freiwilligen seien vorhanden? Gebe es so etwas wie Freiwilligenkultur? Welche Angebote für Freiwillige biete die Organisation an und welche Ressourcen stelle sie dafür zur Verfügung? Neben diesem Standardrepertoire böten viele Freiwilligenagenturen weiterführende Qualifizierungen für Freiwillige und Organisationen an. Je nach Größe und Ausstattung gehörten auch eine Qualifizierung zur Freiwilligenkoordination, eine Organisationsentwicklung zum Freiwilligenmanagement und eine Zertifizierung von Einsatzstellen zum Freiwilligenmanagement zum Angebot von Freiwilligenagenturen.

Die bagfa führe darüber hinaus aktuell ein Projekt mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) durch, bei dem es um die Beratung von Sportvereinen zur Vorstandsentwicklung gehe. Denn gerade die Gewinnung von Ehrenamtlichen für Vorstandspositionen stelle inzwischen für viele Vereine ein Problem dar.

Während die inhaltlichen Grundlagen des Freiwilligenmanagements in der Engagementszene zumeist bekannt seien, mangle es oft an den notwendigen finanziellen und zeitlichen Ressourcen in den Organisationen, da z. B. manche Abläufe neu organisiert werden müssten. Insgesamt müssten daher die Infrastrukturen zur Beratung von Organisationen zum Freiwilligenmanagement besser ausgestattet werden. Auch bei dem erwähnten Projekt mit dem DOSB zur Vorstandsentwicklung, das vom Bundesfamilienministerium gefördert werde, stelle sich die Frage der weiteren Finanzierung nach dem Ende der Projektförderung, da es den Sportvereinen an den entsprechenden Ressourcen fehle.

Abschließend komme sie zu den Wünschen, wobei diese sich zum Teil an die Organisationen selbst richteten, wenn es z. B. um Fragen einer neuen Zeitkultur oder um mehr Partizipation und Anerkennung gehe. Hilfreich wäre auch ein Fonds, mit dem man die Ausbildung für die Beratung und Qualifizierung der Mitarbeiter von Freiwilligenagenturen finanzieren könnte, da solche Angebote von diesen bisher oft über Teilnehmergebühren selbst bezahlt werden müssten.



Frau **Martina Löw** (BUND) bedankt sich zunächst für die Einladung und die Gelegenheit, die Aktivitäten des BUND im Bereich des Freiwilligenmanagements vorstellen zu können. An den Anfang wolle sie die Frage stellen, ob Freiwilligenmanagement das Allheilmittel für die Gewinnung und Bindung von bürgerschaftlich Engagierten sei. Die Antwort darauf sei etwas komplizierter, als es sich der eine oder andere vielleicht wünschen würde, denn Freiwilligenmanagement erfordere ein komplexes System. Es könne nicht nur an eine Person delegiert werden, sondern setze einen hohen Veränderungswillen bei allen Beteiligten voraus. Mit normativen Managementkonzepten habe Freiwilligenmanagement daher wenig zu tun.

Der BUND-Bundesverband habe sich 2003 offiziell auf den Weg gemacht, ein verbandseigenes Freiwilligenmanagement einzurichten. Der erste Schritt sei dabei der Beschluss des Bundesvorstandes gewesen, eine eigene Stelle für diese Aufgabe einzurichten, wobei zu Beginn selbst die Verwendung des Begriffes umstritten gewesen sei. Ein Verband im Allgemeinen, und ein Umweltverband wie der BUND im Speziellen, stehe vor der Aufgabe, sich an gesellschaftliche Veränderungen anpassen und weiterentwickeln zu müssen. In ihrem Beitrag wolle sie sich auf drei Herausforderungen bezüglich des Freiwilligenmanagements konzentrieren.

Zunächst wolle sie aber kurz etwas zum BUND sagen. Der BUND sei ein ehrenamtlich geführter, gemeinnütziger, föderal organisierter und überparteilicher Mitgliederverband mit über 500.000 Unterstützerinnen und Unterstützern. 34.000 von ihnen seien in einer der 2.000 Orts- und Kreisgruppen aktiv engagiert. Diesen Engagierten stünden lediglich 400 Hauptamtliche zur Seite.

Der BUND sei generell ein normaler Verband, der sich den gleichen Zukunftsfragen zu stellen habe wie andere Verbände auch. Ein wichtiges Thema seien die gewachsenen Anforderungen an die Engagierten. Während vor 20 Jahren noch der gute Kontakt zur lokalen Presse für die Öffentlichkeitsarbeit einer BUND-Gruppe ausreichend gewesen sei, müssten heute darüber hinaus die eigene Internetseite gepflegt und betreut sowie Inhalte und

Bilder für Social Media-Angebote produziert werden. Auch die Differenziertheit der Themen und der technische Fortschritt hätten im Umwelt- und Naturschutz enorm zugenommen. Um Beteiligungsprozesse angemessen begleiten zu können, müsse ein Aktiver im BUND heute nicht nur in einem Thema fachlich versiert sein, sondern auch sehr viel Zeit mitbringen. Ferner würden Lebensstile immer differenzierter, was z. B. die Organisation eines Caterings für eine Veranstaltung mit Fleischessern, Vegetariern und Veganern zu einer herausfordernden Aufgabe machen könne.

Trotz der veränderten Rahmenbedingungen sei im BUND keine Abnahme des Engagements zu verzeichnen. Dies habe zum einen damit zu tun, dass den Aktiven im BUND nie die Themen ausgingen, da immer wieder neue Engagierte mit neuen Themen hinzukämen, die etwas im Sinne des Umwelt- und Naturschutzes verbessern wollten. Zum anderen habe es im BUND schon immer ein Nebeneinander von langfristigem und kurzfristigem Engagement gegeben. Kröten seien z. B. nun einmal nur zwei Wochen lang im März unterwegs und wenn die Bäume auf der Streuhofwiese abgeerntet seien, stehe die nächste Ernte erst wieder im nächsten Jahr an. Die Herausforderung für die Engagementförderung liege eher in der angemessenen Begleitung der unterschiedlichen Entwicklungsstände der BUND-Gruppen. Die BUND-Ortsgruppe Buxtehude stehe hinsichtlich der Frage, wie sie z. B. neue Engagierte gewinnen könne, vor anderen Problemen als die BUND-Ortsgruppe Memmingen. Mit dem Schema F sei daher keiner von beiden geholfen.

Vereine bzw. Organisationen seien, was das Freiwilligenmanagement angehe, von einer Ziel- und Steuerungslogik abhängig. Dieses Phänomen habe Professor Michael Vilain von der Evangelischen Hochschule in Darmstadt in seiner Studie zum Freiwilligenmanagement in Jugendorganisationen beleuchtet. Nach ihrer Einschätzung seien die Ergebnisse dieser Studie auch auf Erwachsenenverbände bzw. -vereine übertragbar. Für das Freiwilligenmanagement im BUND heiße dies z. B., dass oftmals ein individuelles Coaching von Gruppen notwendig sei. Dies erfordere auf der einen Seite zwar einen hohen Ressourcenaufwand, auf der anderen Seite trage gerade die Wertschätzung, dass



sie sich gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen individuell Zeit für die Gruppen nehme, zur hohen Bindung und Motivation im BUND bei.

Bestätigt würden die Annahmen zum Freiwilligenmanagement von Herrn Professor Vilain auch beim Thema „Generationenwechsel“. Wenn jemand seit 25 Jahren Vorsitzender eines Vereins sei und einen Nachfolger suche, müsse er anders an diese Aufgabe herangehen, als jemand in einer Gruppe, die sehr stark in einer bestimmten Kultur verhaftet sei wie der BUND. Hinzukomme, dass in vielen BUND-Gruppen die Gründergeneration in den letzten Jahren abgetreten sei bzw. dies bald tun werde. Der damit einhergehende Personalwechsel erfordere eine individuelle Begleitung. Einige Gruppen, die bei ihrer Nachfolgersuche nicht erfolgreich gewesen seien und die auch keinen Kontakt zum Bundes- oder Landesverband gesucht hätten, lösten sich mitunter einfach auf. Daher lege man einen Schwerpunkt in der Arbeit auf kontinuierliche Kontaktpflege und interne Kommunikation. Der Unterstützungsbedarf bei der Frage, wie man einen Vorstandswechsel angehen könne, wachse kontinuierlich, wobei die Frage, warum ein regelmäßiger Vorstandswechsel sinnvoll sein könne, noch zu wenig gestellt werde. Qualifizierung könne hier ein Mittel sein, um Antworten zu finden.

Damit sei sie bereits bei der zweiten Herausforderung, die sie ansprechen wolle. Qualifizierungen in umwelt- und naturschutzfachlichen Themen gebe es schon seit der Gründung des BUND. Sie seien oft eine Reaktion auf aktuelle Entwicklungen, wobei es sich häufig um regionale Angebote handele, die zum Teil von den lokalen Gruppen selbst organisiert würden. Die Motivation zur Teilnahme an Qualifizierungsangeboten in anderen Kompetenzbereichen sei hingegen bei den Engagierten weit weniger ausgeprägt. Aufgrund dieser zum Teil ernüchternden Erfahrungen habe man in den letzten zwei Jahren ein neues Qualifizierungssystem entwickelt, das Fach- und Kompetenzthemen miteinander verbinde. Das Seminar zum fachlichen Inhalt „Lebenswerte Stadt und Mobilität“ werde z. B. verbunden mit der Kompetenzerweiterung „Veranstaltungsplanung am Beispiel einer critical mass“. Oder das Fachthema „Wildbiene“ werde verbunden mit der Kompe-

tenzerweiterung zum Thema „Was zeichnet gute Führung aus“. Bei Trainern und Dozenten sei in Bezug auf die Qualifizierungsinhalte eine Trennung möglich. Während Fachthemen auch von externen Expertinnen und Experten vermittelt werden könnten, sollten die Trainer bei den Kompetenzthemen möglichst aus dem Verband stammen, da sie mit den Eigenarten und Besonderheiten der BUND-Gruppen vertraut seien.

Die Enquete-Kommission habe sich für Qualifizierungsangebote speziell im Umwelt- und Naturschutzbereich ausgesprochen. Jedoch müsse der Köder dem Fisch schmecken und nicht dem Angler. Qualifizierung sei kein Selbstläufer und zwar weder für die Engagierten, für die oft Thema, Ort und Zeit zusammenpassen müssten, um teilnehmen zu können, noch für den Verband, der möglichst alle Themen zu einem geringen Preis anbieten solle, da den Engagierten nicht auch noch Kosten entstehen sollten. Hieraus ergebe sich ein Dilemma, das für den BUND zu einer wirklichen Herausforderung werde und das ohne neue Finanzierungsmodelle kaum zu lösen sei. Derzeit behelfe man sich damit, Qualifizierungen mit Projekten zu verknüpfen und so Synergien zu schaffen.

Als dritte Herausforderung wolle sie die Flexibilität ansprechen. Beim Engagement im BUND gebe es eine Differenz zwischen dem Wunsch vieler Engagierter, sich – vielleicht auch aus Gemeinschaftsaspekten – vor Ort einfach ein wenig im Naturschutz engagieren zu wollen und den hochfachlichen Debatten im Rahmen von öffentlichen Beteiligungsverfahren. Die Frage sei, wie es gelingen könne, einerseits Engagierte für solch komplexe Sachverhalte zu gewinnen, ohne andererseits Angebote für niedrigschwellige Engagements zu vernachlässigen. Die Schwierigkeit liege dabei weniger in der Kommunikation, sondern eher in der Erstellung des Angebots. Aus Kapazitätsgründen würden von den Gruppen oft entweder nur langfristige oder nur kurzfristige Engagementmöglichkeiten angeboten. Ein Verband müsse diese Diskrepanz aushalten und darauf hinarbeiten, dass bisweilen ein Wechsel von Engagementangeboten stattfinde.

Ein damit einhergehendes Freiwilligenmanage-



ment werde nur lebendig, wenn es auch erlebbar werde. In diesem Zusammenhang wolle sie zwei Beispiele erwähnen. Nach dem verheerenden Atomunfall in Fukushima hätten den BUND viele Anfragen von Menschen erreicht, die etwas tun wollten. Da man gar nicht so viele Angebote habe unterbreiten können, habe sie die Idee entwickelt, 1.000 Origami-Kraniche nach Japan zu schicken, weil dies dort ein Symbol für Glück und Gesundheit sei. Viele Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle hätten zunächst nicht geglaubt, dass man eine solch hohe Zahl zusammenbekommen könne. Das Bild auf Seite 13 der Präsentation zeige die rund 10.000 aus ganz Deutschland an die Bundesgeschäftsstelle gesandten Kraniche, die von hier in zwei großen Kartons nach Japan geschickt worden seien. Der Bundesvorsitzende habe die Kraniche dort auf einer Demonstration verteilt und diese hochemotionale Situation habe gezeigt, welche Bedeutung niedrigschwelliges Engagement haben könne. Ein weiteres Beispiel sei die Wildkatzen-Lockstock-Aktion gewesen. Es handele sich dabei um ein breit angelegtes wissenschaftliches Projekt, an dem sich 600 Freiwillige beteiligt hätten. Diese hätten zum Teil drei Monate lang im Winter im Schnee regelmäßig Lockstöcke eingebracht oder seien bei Baumpflanzungen dabei gewesen. Auch dies sei eine Aktion gewesen, die erlebbar gewesen sei und Bilder generiert habe.

Abschließend wolle sie kurz auf künftige Entwicklungen zu sprechen kommen. Die Trennung zwischen Online- und Offline-Engagement sei nur eine virtuelle. Für viele Engagierte mache es heute keinen Unterschied mehr, ob sie erst online in ein Thema, wie z. B. das Stadtgärtnern, involviert würden, um schließlich jeden Donnerstag selbst Hand anzulegen. Daher wolle man das online Involviert- und Engagiertsein in ein Thema verstärken und Übergänge ins Offline-Engagement ermöglichen. Man werde den Aufbau einer „mobilen“ Akademie, d. h. einer regionalen Qualifizierung im Verband, weiter voranbringen und einen Schwerpunkt auf die Qualifizierung von Funktionsträgern legen. Man werde zudem weiterhin Engagementmöglichkeiten auch außerhalb von Gruppenstrukturen anbieten, wie z. B. die Wildkatzen-Lockstock-Aktion, dabei aber die Gruppen nicht ausgrenzen, sondern eine integrative Verbandsstruktur entwickeln.

Von der Politik wünsche man sich eine Prüfung der Engagementverträglichkeit von neuen Gesetzesvorhaben. Bürokratische Hürden, wie z. B. das Mindestlohngesetz im Bereich der Sportvereine oder auch die Umsatzsteuerproblematik im Bundesfreiwilligendienst, könnten so schon im Vorhinein vermieden werden. Man wünsche sich ferner, dass die geplante Engagementstiftung auch als Kleinstkreditgeber fungieren und z. B. die Qualifizierung von Gruppen fördern werde. Außerdem wünsche sie sich eine gelasseneren Herangehensweise. So sollte man es den Engagierten selbst überlassen, womit sie sich beschäftigen wollten. Zumeist werde die Motivation für ein Engagement durch ein bestimmtes Thema generiert und nicht durch die Organisation oder Administration von Gruppenstrukturen. Je mehr die Ansprüche an die Engagierten wüchsen, umso höher werde die Hürde sein, Freiwillige für ein Engagement zu finden.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Weber und Frau Löw für ihre einleitenden Beiträge. Die Fragerunde eröffne die Kollegin Ingrid Pahlmann.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) bedankt sich bei den Sachverständigen für ihre Vorträge und ihre klar formulierten Forderungen an die Politik. Besonders wichtig sei aus ihrer Sicht der zuletzt geäußerte Hinweis von Frau Löw, dass die Politik bei ihren Gesetzesvorhaben stets auf die Engagementverträglichkeit achten solle, denn schließlich solle und wolle Politik ja Engagement ermöglichen und nicht behindern. Diesen Aspekt gelte es künftig noch stärker zu berücksichtigen.

Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) betont, die einführenden Beiträge hätten gezeigt, dass man es mit unterschiedlichen Arten des freiwilligen Engagements zu tun habe. Es gebe zum einen das eher organisierte, dauerhafte, über einen längeren Zeitraum ausgeübte Engagement und es gebe zum anderen das eher sporadische, kurzfristige, projektorientierte Engagement. Sie interessiere, ob die Sachverständigen einschätzen könnten, welche Art des Engagements in der Praxis häufiger anzutreffen sei und welche Anforderungen an das Freiwilligenmanagement mit diesen beiden Arten des Engagements jeweils verbunden seien.



Abg. **Martin Patzelt** (CDU/CSU) erkundigt sich, welche Erfahrungen die Sachverständigen in der letzten Zeit mit den Verwaltungen, aber auch mit den Arbeitsgemeinschaften (Argen) bzw. den Grundsicherungsämtern in den Kommunen mit Blick auf Wertschätzung und Kooperation gemacht hätten.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, sie habe eine Frage zu dem angesprochenen Thema „Generationenwechsel“. Im schulischen Bereich hätten die Ganztagsangebote in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Sie interessiere, ob und inwiefern der BUND dies nutze, um gerade jüngere Menschen für ein nicht nur projektgebundenes, sondern längerfristiges Engagement zu gewinnen. Etabliere der BUND in diesem Bereich dauerhafte Strukturen oder halte er sich bei der Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen eher zurück, da er lieber eigenständig arbeiten wolle?

Abg. **Svenja Stadler** (SPD) dankt den Sachverständigen zunächst für ihre inhaltlichen Impulse. Ihre Frage zielt auf das angesprochene Thema „Online-Engagement“. Sie interessiere, welche Rolle das Internet im Zusammenhang mit der Gewinnung von Ehrenamtlichen in den Organisationen spiele und inwiefern das digitale Engagement von den Ehrenamtlichen selbst angenommen werde.

Frau **Martina Löw** (BUND) betont, dass sie die Frage der Abgeordneten Dr. Hein nach dem quantitativen Verhältnis zwischen dem eher organisierten und kontinuierlich ausgeübten Engagement auf der einen Seite und dem eher sporadischen und projektorientierten Engagement auf der anderen Seite nicht beantworten könne. Aus dem Bauch heraus würde sie sagen, dass es sich ungefähr die Waage halte. Im BUND gebe es beide Arten des Engagements. Die Anforderungen an das Freiwilligenmanagement seien bei beiden Arten des Engagements gleich hoch. Die Frage sei eher, wer die Akteure im Bereich des Freiwilligenmanagements seien. Bei einem langfristigen Engagement würden sich die Engagierten stärker untereinander helfen und es gebe einen größeren Gruppenzusammenhalt. Bei einem kurzfristigen Engagement seien solche Selbstorganisationsprozesse seltener anzu-

treffen. Hier sei daher eine hauptamtliche Struktur wichtig, um kurzfristig niedrigschwellige Angebote aufzubauen. Zu der Frage des Abgeordneten Patzelt nach den Erfahrungen mit den Verwaltungen könne sie nichts beitragen, da man mit Blick auf das Thema „Freiwilligenmanagement“ nur wenig mit den Kommunen zu tun habe.

Jüngere Menschen dauerhaft für ein Engagement zu gewinnen, stelle für den BUND kein Problem dar. Als Verband mit 400 Hauptamtlichen und 34.000 Ehrenamtlichen habe der Aspekt der Beteiligung von Anfang an eine große Rolle gespielt. Mitunter träten Probleme auf, wenn ein personeller Wechsel stattfinde. Dies könne man jedoch durch Qualifizierungsangebote innerhalb des BUND relativ gut auffangen. Für die Ganztagschule habe der BUND eigene Angebote entwickelt. Ob diese zu mehr Engagement führten, sei schwer zu sagen. Teilweise sei dies sicherlich der Fall, viele kämen aber auch aus ganz anderen Richtungen zu einem Engagement im BUND.

Die Bedeutung des Internets nehme auch im BUND stark zu, z. B. bei der Umsetzung von Kampagnen. Aus ihrer Sicht werde die Trennung zwischen Online- und Offline-Engagement von den Verbänden mitunter überbewertet. Einige machten vielleicht zunächst bei einer Online-Petition mit und würden anschließend noch einmal angesprochen, ob sie sich auch offline an Aktionen beteiligen wollten. Hier gebe es oft fließende Übergänge, die man als Verband künftig weiter forcieren werde. Digitales Engagement zu integrieren, sei auch eine Frage der Organisation. Sicherlich sei es grundsätzlich denkbar, dass ein Grafiker aus Buxtehude ehrenamtlich einen Flyer für die BUND-Ortsgruppe Memmingen gestalte. Dies werde jedoch bisher nicht durch die Bundesgeschäftsstelle aktiv gefördert.

Frau **Birgit Weber** (bagfa) erklärt mit Blick auf die Frage der Abgeordneten Dr. Hein, dass sich auch nach ihrem Eindruck langfristiges Engagement und eher sporadisches Engagement ungefähr die Waage hielten, wobei sie dafür plädieren würde, beide Arten des Engagements nicht gegeneinander auszuspielen. Beide seien wichtig und es gehöre auch zu den Aufgaben des Freiwilligenmanage-



ments, zu überlegen, was diesbezüglich sowohl aus Sicht der Organisationen als auch aus Sicht der Freiwilligen sinnvoll sei.

Festzustellen sei, dass es immer mehr Freiwilligenagenturen in kommunaler Trägerschaft gebe. Aufgrund ihrer geringen personellen Ausstattung seien deren Beratungskapazitäten jedoch nicht immer ausreichend. Zudem sei die Offenheit in kommunalen Strukturen für ehrenamtliche Mitarbeit oft leider nicht so ausgeprägt, wie sie sein sollte. Es reiche nicht aus, einfach nur eine Datenbank mit Engagementangeboten für Freiwillige anzulegen, sondern notwendig sei eine persönliche Beratung sowohl der Freiwilligen als auch der gemeinnützigen Organisationen.

Engagementangebote in Ganztagschulen seien ein sehr interessantes Thema. Häufig gehe die Initiative dazu von den Schulen aus. Dahinter stehe auch die Frage, wie man Jugendliche, die den Tag überwiegend in der Schule verbrächten, dazu bekommen könne, sich zu engagieren. Eine Möglichkeit sei es, Kinder und Jugendliche über bestimmte Projekte in der Schule an das Engagement heranzuführen. Es stelle sich aber auch die Frage, ob Kindern und Jugendlichen noch genügend Zeit bleibe, sich auch außerhalb der Schule im Freizeitbereich zu engagieren. Dies sei für Vereine und Organisationen eine wichtige Frage, die mit dem Thema „Ganztagschule“ zusammenhänge.

Es sei auch nach der Bedeutung des Internets gefragt worden. Die Erfahrung vieler Freiwilligenagenturen sei, dass sich viele Freiwillige bereits vorab im Netz informierten, ehe sie zur persönlichen Beratung in die Freiwilligenagentur kämen. Künftig komme es auf eine noch stärkere Verzahnung zwischen Online- und Offline-Angeboten an. Nach den Erfahrungen der bagfa seien Twitter und Facebook eher ergänzende Angebote, die die persönliche Beratung keinesfalls ersetzen könnten.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass er vor einigen Wochen an einer Veranstaltung des Bundesinnenministers über digitales Engagement teilgenommen habe. Dabei habe eine Organisation dargestellt, wie sie über das Internet massiv um Spenden für bestimmte Zwecke werbe. Er habe

darauf entgegnet, wenn man sich z. B. gemeinsam ehrenamtlich für Flüchtlinge einsetzen wolle, könne man das Internet gewiss gut dazu nutzen, um Leute zu informieren und zu mobilisieren, aber der Kuchen für eine Veranstaltung müsse dennoch weiterhin offline gebacken werden. Ihn interessiere, welche Bedeutung das Internet aus Sicht der bagfa und des BUND über die reine Informationsfunktion hinaus für das Engagement habe und was beide Organisationen täten, um Freiwillige, z. B. durch Qualifizierung, hierbei zu unterstützen.

Frau **Birgit Weber** (bagfa) betont, dass die Organisationen schauen müssten, wie und an welcher Stelle sie die neuen Medien sinnvoll einsetzen könnten. Es gebe bestimmte Formen des Engagements, wie z. B. die Erstellung einer Webseite, die auch online erledigt werden könnten. Die neuen Medien dürften aber auch nicht überbewertet werden. Sie seien nur einer von vielen Kanälen, die die Organisationen kennen und nutzen müssten. Keine Freiwilligenagentur könne es sich z. B. heute noch leisten, auf eine eigene Internetseite zu verzichten, was am Anfang durchaus noch kontrovers diskutiert worden sei. Umgekehrt heiße dies nicht, dass heute jede Freiwilligenagentur halbstündlich einen „Tweet“ über Twitter absetzen müsse.

Frau **Martina Löw** (BUND) erklärt, ihrer Ansicht nach werde das digitale Engagement im BUND in den nächsten Jahren zur zweiten großen Engagementsäule werden, da man über das Internet sehr schnell sehr viele Leute erreichen und ihnen niedrigschwellige und vielfältige Engagementangebote machen könne, die dann wiederum offline vertieft werden könnten. Ein Rechtsanwalt, der eine Stellungnahme im Rahmen eines Beteiligungsverfahrens für den BUND erarbeite, könne dies von zuhause aus tun und anschließend online an die Geschäftsstelle schicken. Im Bereich der Qualifizierung wolle man künftig stärker Angebote über Webseminare machen, was für die Engagierten sicherlich auch herausfordernd sei, aber zugleich eine Möglichkeit darstelle, Themen bei den Engagierten breiter zu platzieren. Auch die Erstellung von Flyern und Webseiten oder der Aufbau von Datenbanken seien Aufgaben, die man vom Computer aus erledigen könne. Oft sei dies auch der Einstieg für ein späteres Offline-Engagement in anderen Projekten.



Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) betont, ihr sei es bei ihrer Frage nicht darum gegangen, unterschiedliche Arten des Engagements gegeneinander auszuspielen, sondern darum, ein Verständnis für die Größenordnungen zu bekommen. Sie habe in den letzten Sitzungen den Eindruck gehabt, dass das kontinuierliche Engagement oft im Mittelpunkt stehe und besonders wertgeschätzt werde. Es gebe aber auch das sporadische Engagement, wie etwa die Aktion „Magdeburg putzt sich“, das sie für genauso wertvoll und anerkennenswert halte. Denn Motivation, Interesse und Zeitaufwand für ein Engagement seien nun einmal individuelle Faktoren.

Abg. **Johannes Steiniger** (CDU/CSU) erklärt, das Internet und das digitale Engagement seien mit sehr großen Chancen verbunden und spielten schon jetzt, und nicht erst in den nächsten Jahren, eine wichtige Rolle. Das Thema „Spendenakquise“ sei schon erwähnt worden. Die letztjährige Aktion, über Facebook Spenden für die Bekämpfung der Nervenkrankheit ALS zu generieren, sei ein großer Erfolg gewesen. Auch für junge Leute, die wegen des Studiums ihren Heimatort verließen, die sich dort aber trotzdem weiter engagieren wollten, biete gerade das Internet viele Möglichkeiten. Sie könnten sich z. B. per Skype an einem Treffen beteiligen oder per Computer einen Flyer erstellen. Man müsse sich auch nicht zwangsläufig um 19 Uhr im Hinterzimmer vom „Goldenen Hirschen“ zu einer Sitzung treffen, sondern könne die inhaltliche Diskussion über bestimmte Themen z. B. auch über Facebook-Gruppen organisieren.

Frau **Martina Löw** (BUND) betont, sie wolle nicht falsch verstanden werden. Selbstverständlich nutze man im BUND bereits jetzt das Internet sehr intensiv. In einem Verband müssten aber alle mitgenommen werden und dazu zählten auch jene, die noch nicht so internetaffin seien und noch in anderen Strukturen groß geworden seien. Deshalb sei das Internet für den BUND auch immer noch ein Zukunftsthema.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass keine weiteren Fragen an die beiden Sachverständigen mehr vorlägen. Er danke Frau Weber und Frau Löw für ihr Kommen und ihre interessanten Beiträge.

Tagesordnungspunkt 2

Fachgespräch zum Thema "Service Learning an Schulen und Hochschulen"

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass auch zu den Vorträgen von Frau Dr. Hugenroth (*Anlage 3*) und Herrn Dr. Buchholz (*Anlage 4*) jeweils eine Präsentation vorliege.

Frau **Dr. Reinhild Hugenroth** (BBE) bedankt sich zunächst für die Einladung. Vor ihrer jetzigen freiberuflichen Tätigkeit sei sie drei Jahre stellvertretende Bundesvorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik und davor Bundesvorsitzende der katholischen Landjugendbewegung Deutschland e. V. gewesen. Sie sei zudem seit sechs Jahren ehrenamtliche Sprecherin der Arbeitsgruppe „Bildung und Qualifizierung“ des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement und sei darüber hinaus im Beirat von „International Engagiert Studiert“, einem Angebot im Bereich der allgemeinen Schlüsselqualifikationen für Bachelor-Studiengänge an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, ehrenamtlich tätig.

Sie freue sich über die Einladung in den Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“, auch wenn sie mit dem heutigen Thema genauso gerne Gast im Bildungsausschuss wäre. Schule sei, das habe die vorherige Diskussion bereits gezeigt, in vielerlei Hinsicht eine Schlüsselfrage, auch z. B. bezüglich der vorhin kurz erwähnten Frage der Medienkompetenz. Die Ergebnisse der letzten ICILS-Studie zeigten u. a. die enge Verbindung von Bildungsgerechtigkeit und Medienkompetenz. Rund 30 Prozent der Achtklässlerinnen und Achtklässler in Deutschland erreichten laut der Studie nur die untersten beiden Kompetenzstufen I und II. Das heiße, ein nicht unerheblicher Teil der Jugendlichen verfüge nur über rudimentäre bzw. basale Fertigkeiten und Wissensstände hinsichtlich des kompetenten Umgangs mit neuen Technologien.

Im Folgenden wolle sie vor allem auf die beiden Fragen aus dem Einladungsschreiben eingehen, nämlich zum einen, was die BBE-Arbeitsgruppe „Bildung und Qualifizierung“ bezüglich des Themas „Service Learning an Schulen“ bisher getan



habe und zum anderen, welche Voraussetzungen für erfolgreiches Service Learning an Schulen notwendig seien.

Im Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ komme der Begriff „Service Learning“ nicht explizit vor. In dem Bericht werde aber festgestellt: „Auffällig ist, dass ein Teil der Beiträge der öffentlichen Debatte sich auf die interne Reorganisation des Systems Schule konzentriert, andere auch die Interaktion von Schule und Familiensystem thematisieren, aber nur wenige jenseits dieser zwei Pole, auch die Rolle des gesamten Umfelds von Schule, Fragen ihrer mangelnden Öffnung und Einbettung berücksichtigen“. Die Enquete-Kommission habe sich in dem Bericht für eine weitere Öffnung der Schulen nach innen und außen ausgesprochen und konstatiert: „Für bestimmte Qualitäten ist Engagement an den Schulen weder durch Geld noch Professionalität ersetzbar“. Darüber hinaus habe sie auch die Rolle der Freiwilligenagenturen in diesem Themenfeld angesprochen.

In den Handlungsempfehlungen des Berichts habe sich die Enquete-Kommission neben der inneren Öffnung der Schulen auch für eine Aufwertung der Rolle der Schülervertretungen und der Elternbeiräte ausgesprochen. Nicht behandelt worden seien in dem Bericht Themen wie Demokratie in der Schule, Demokratiepädagogik, Klassenrat und Stufenparlament, die prägend für die aktuelle Debatte seien.

Im Jahr 2002 sei das BBE und mit ihm die Arbeitsgruppe 2 gegründet worden, in der seitdem die grundlegenden Fragen zum Themenfeld „Schule und Engagement“ diskutiert würden. Im Jahr 2004 habe die Arbeitsgruppe einen ersten Kongress zum Thema „Schule und Engagement“ veranstaltet, bei dem Herr Professor Rauschenbach auf die eigentlich unvereinbaren Logiken von Engagement und Schule hingewiesen habe: Pflicht versus Freiwilligkeit, professionelle versus freiwillige Tätigkeit, Selektion versus Kooperation, Lernwelt versus Lebenswelt, Fremdbestimmung versus Selbstbestimmung, Abstraktion versus Verwertbarkeit, Künstlichkeit versus Ernsthaftigkeit. Allerdings habe Herr Professor Rauschenbach in einer Ver-

öffentlichung im Jahr 2009 auch betont: „Das Gebot der Stunde ist die Verbindung von formaler, nonformaler und informeller Bildung“. Inzwischen habe die Arbeitsgruppe „Bildung und Qualifizierung“ insgesamt sieben Kongresse zum Thema „Schule und Engagement“ mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten in verschiedenen Bundesländern durchgeführt.

Parallel seien zudem mehrere Publikationen zum Thema „Service Learning“ erschienen, u. a. im Jahr 2004 die Studie „Durch Verantwortung lernen“ von Anne Sliwka. Darüber hinaus sei im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Demokratie lernen & leben“, an dem sich zwischen 2002 bis 2007 insgesamt 200 allgemeinbildende und berufliche Schulen aus 13 Bundesländern beteiligt hätten, eine Definition von Service Learning entwickelt worden.

Das Thema habe zudem im Rahmen des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation in den Jahren 2009 und 2010 eine wichtige Rolle gespielt. Im ersten Zwischenbericht sei u. a. festgestellt worden: „Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements gilt es in den Bildungsauftrag der formalen Bildungseinrichtungen zu integrieren. In den Schulen vor Ort braucht es eine umfassende partizipatorische Schulkultur, die Schüler, Eltern und zivilgesellschaftliche Akteure einbezieht. Um Engagement überhaupt zu ermöglichen, müssen in formalen Bildungsinstitutionen Gelegenheitsstrukturen entdeckt und entwickelt werden. Diese Gelegenheitsstrukturen entwickeln sich durch Bereitstellung von Zeit, Raum und Ressourcen für Projekte des bürgerschaftlichen Engagements (z. B. Service-Learning-Programme, Klassenrat, Selbstorganisation)“. Aber auch Jugendverbände sollten, so die damalige Forderung des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation, als Kooperationspartner und Koproduzenten von Bildung und Engagement mit mehr Ressourcen für Engagementlernen ausgestattet werden.

Im Rahmen des Dialogforums des Nationalen Forums „Engagementlernen als Unterrichtsmethode: Schule wird Lernort für Partizipation und gesellschaftliche Verantwortung“ im Jahr 2012 habe das BBE in seiner Stellungnahme betont: „Die Metho-



de ‚Service Learning‘ ist gerade deswegen so reizvoll, weil es sich um Erfahrungslernen handelt – Erfahrungen muss man selbst machen, sie können und sollen einem im Rahmen von Engagementlernen keinesfalls abgenommen werden. Es sollten Settings gewählt werden innerhalb derer die Selbstbestimmung der Kinder und Jugendlichen am größten ist – zum Beispiel im Klassenrat“.

Im Jahr 2013 habe die BBE-Arbeitsgruppe „Bildung und Qualifizierung“ das Buch „Schule der Bürgergesellschaft - Bürgergesellschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen“ herausgegeben, in dem die zehnjährige Debatte zu dem Thema zusammengefasst und Service Learning als Unterrichtsmethode in einen größeren Zusammenhang gestellt worden sei. Das Buch behandle eine große Bandbreite an Themen: „Theoretische Zugänge und Leitbilder“, „Pädagogische Konzepte, Reformmodelle und Schulentwicklung: Chancen für die Bürgergesellschaft?“, „Methoden und Konzepte der Engagementförderung in und durch Schulen“, „Engagement, Demokratie und Partizipation in Schulen“, „Kooperationen von Schule und Gemeinwesen: Bereiche und Akteure“ sowie „Schule und Wirtschaft“.

Ein gleichnamiges Impulspapier (*Anlage 5*) habe der Koordinierungsausschuss des BBE im Jahr 2014 verabschiedet. Es sei im Rahmen der Fachtagung „Schule der Bürgergesellschaft“ im November 2014 der damaligen Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Frau Sylvia Löhrmann, überreicht und mit den anwesenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert worden. Die politische Debatte über das Impulspapier solle nun in den Bundesländern fortgeführt werden. In dem Impulspapier habe man sich auf den Begriff „Civic Education“ geeinigt und für eine vielseitige Unterstützung von Engagementformen plädiert. Das Impulspapier sei Ausdruck eines Kompromisses in einem trisektoralen Netzwerk von 250 Organisationen, in dem es nicht möglich gewesen sei, eine Lernmethode wie Service Learning besonders hervorzuheben.

Sie komme damit zu ihrem zweiten Punkt, den Bedingungen und Voraussetzungen für Service Learning. Ihr erstes Stichwort laute: Von „Charity“

zu „Change“. Bürgerschaftliches Engagement könne für sich genommen Aufgaben in einer Gesellschaft lösen und Gutes bewirken. Bei Lernen durch Engagement gehe es darum, die Gesamtgesellschaft in den Blick zu nehmen. Anne Seifert habe hierzu ausgeführt: „Die Pioniere, die sich ihrer Grundeinstellung nach am ehesten der Achse zwischen Bildung und Engagement zuordnen lassen, sehen einen wesentlichen Auftrag der formalen Bildung in der Stärkung und Veränderung der Gesellschaft im Sinne einer Education for Social Transformation (Dewey 1938)“. Dieser Auftrag könne ihrer Ansicht nach u. a. durch gesellschaftliches Engagement von Schülern und Studierenden erreicht werden. Zudem sollte das gesellschaftliche Engagement die Lehre verändern.

Das zweite Stichwort laute: Von „zusätzlich“ zu „integriert“. Service Learning müsse Teil des Kerngeschäftes von Schule, also des Unterrichts, sein und nicht einfach eine zusätzliche Aktivität. Für eine erfolgreiche Umsetzung sei eine lange Vorbereitung mit Integration in Lehrerteams, Schulkonferenzen usw. notwendig. Es brauche ferner die Unterstützung des Kultusministeriums, da Unterrichtskonzepte angepasst und Ressourcen hierfür bereitgestellt werden müssten.

Ihr drittes Stichwort laute: Von „lehrerzentriert“ zu „schülerorientiert“. Schülerinnen und Schüler bestimmten in den Service Learning-Projekten stark mit. Sie lernten, selbstständig Engagementideen zu entwickeln und sie anschließend in Engagementprojekten umzusetzen. Sie engagierten sich innerhalb der Unterrichtszeit in sozialen, ökologischen, kulturellen oder politischen Einrichtungen, Initiativen, Vereinen oder Verbänden.

Das vierte Stichwort laute: Vom „Lehrstoff“ zu „Kompetenzen“. Erfahrungslernen sei immer handlungsorientiert. Es gehe um den Erwerb der von der OECD beschriebenen Schlüsselkompetenzen. Dazu gehörten autonome Handlungsfähigkeit, das Interagieren in heterogenen Gruppen, der interaktive Umgang mit Medien und Mitteln.

Das letzte Stichwort laute: Von „Einzelprojekten“ zu „Qualitätsstandards“. Herr Professor Edelstein habe schon 2004 festgestellt: „Umgekehrt können



große und bewundernswerte Projekte eine periphere Existenz an einer Schule fristen, ohne diese wesentlich zu beeinflussen. Beispiele dafür sind Theater-AGs oder Oral-History-Projekte, die zwar Beteiligte mit hohem Engagement erfüllen, die Schule selbst aber unverändert lassen. Vorhaben des Service Learning müssen vor dieser Projektfalle geschützt werden“. Bezüglich der Qualitätsstandards gebe es das sogenannte magische Viereck: realer Bedarf, außerschulische Kooperationspartner, Anbindung an den Fachunterricht und Reflexion. Diese Qualitätsstandards seien bereits im Detail ausgearbeitet.

Wichtig für die Debatte sei, ob im Ergebnis so etwas wie ein „demokratischer Habitus“ erworben werde, wie es Herr Professor Edelstein bezeichnet habe. Demokratischer Habitus sei eine sozialpsychologische Beschreibung für eine bestimmte Haltung. Es gehe z. B. darum, ob Schüler verstünden, dass das, was sie täten, eine Frage der Reziprozität sei, d. h., dass sie der Gesellschaft etwas gäben und von dieser etwas zurückbekämen, nämlich Bildung. Dabei seien tatsächliche Verantwortungsübernahme, Selbstwirksamkeit und Anerkennungskultur die zentralen demokratiepädagogischen Grundpfeiler, wobei die Hoffnung sei, dass Kinder und Jugendliche durch das Erfahrungslernen einen demokratischen Habitus erwürben. In dem bereits genannten Impulspapier werde auch hervorgehoben, dass ohne die versprochene Steigerung des Anteils der gesamtstaatlichen Aufwendungen für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes die genannten Ziele nicht zu erreichen seien.

Herr **Dr. Detlev Buchholz** (Hochschulnetzwerk „Bildung durch Verantwortung“) bedankt sich zunächst für die Einladung und die Gelegenheit, die Arbeit des noch jungen Hochschulnetzwerkes „Bildung durch Verantwortung“, das sich erst in diesem Jahr als Verein konstituiert habe, im Unterausschuss vorstellen zu können. Davor sei es ein loser Zusammenschluss von 30 Hochschulen gewesen, den vor dem Hintergrund des Bologna-Prozesses die Überzeugung geeint habe, dass Hochschulen jenseits der Zweck-Leistungs-Ebene eine umfassende Aufgabe und besondere Verantwortung für die Gesellschaft hätten, da Letztere erhebliche Steuermittel zur Finanzierung der Hoch-

schullandschaft bereitstelle. Zugleich verstünden sich die beteiligten Hochschulen selbst als gesellschaftliche Instanz und wollten damit auch ein Signal für die Herausbildung kritisch-wissenschaftlicher Persönlichkeiten setzen, die mit ihrem Demokratie- und Sozialbewusstsein in die Gesellschaft ausstrahlen sollten. Hochschulen könnten auf diese Weise zu Orten des transdisziplinären Dialogs werden, wo Lösungen für konkrete gesellschaftliche Herausforderungen gemeinsam erarbeitet, erprobt und erforscht würden und ein gesellschaftlicher Mehrwert geschaffen werde.

Bürgerschaftliches Engagement an der Hochschule solle von den Studierenden nichts als Mehrbelastung im engeren Sinne, aber durchaus als Verpflichtung aufgefasst werden und sollte – ähnlich wie von Frau Dr. Hugenroth für den Bereich der Schule gefordert – im Curriculum verankert werden. Allerdings sollten für dieses Engagement keine ECTS-Punkte vergeben werden. Es müssten in kleinen Gruppen teamorientiert wirklich reale Projekte definiert und bearbeitet werden und das Engagement müsse fachlich reflektiert werden. Studierende könnten durch Service Learning an Hochschulen die Selbstwirksamkeitserfahrung machen, dass sie ihre Kompetenzen zum Wohle der Gesellschaft einbrächten und mit ihrem Handeln dort etwas bewirkten. Die auf Seite 3 der Präsentation aufgeführten Beispiele für Service Learning zeigten, dass es um den Erwerb und die Anwendung von Fachkompetenzen, aber auch von Schlüsselkompetenzen wie Teamfähigkeit, Projektorganisation etc. gehe.

Für die Studierenden könne Service Learning darüber hinaus den positiven Effekt haben, dass sie ihr Studium möglicherweise mit mehr Motivation absolvierten. Für die Hochschulen könne Service Learning wiederum positive strategische Effekte haben, z. B. dass sie durch diese Art des gesellschaftlichen Engagements ein unverwechselbares Profil entwickelten. Ferner könnten im Diskurs mit der Zivilgesellschaft und durch die Konfrontation mit der gesellschaftlichen Praxis neue Forschungsfragen entstehen.

Zum Hochschulnetzwerk „Bildung durch Verantwortung“ gehörten insgesamt 30 Hochschulen aus



zehn Bundesländern. Beteiligt seien sowohl Universitäten und Fachhochschulen als auch private und kirchliche Hochschulen sowie mit der Universität Krems auch eine ausländische Hochschule. Als assoziiertes Mitglied aus dem Bereich der Zivilgesellschaft sei zudem die Agentur „mehrwert“ aus Stuttgart beteiligt.

Das Hochschulnetzwerk habe sich – wie bereits erwähnt – inzwischen als Verein konstituiert, wobei der Mitgliedsbeitrag bei vergleichsweise bescheidenen 900 Euro pro Hochschule liege. Das Netzwerk unterstütze die Hochschulen vor allem bei der Definition und Entwicklung von Qualitätsstandards. Geplant sei zudem die Entwicklung eines zertifizierten Audits für Service Learning. Zweimal im Jahr veranstalte das Netzwerk Fachtagungen, bei denen man sich über die Qualitätsstandards austausche und vergewissere. Für September sei der Start der Akademie „Bildung durch Verantwortung“ geplant. Dabei handele es sich um ein Weiterbildungsangebot für Hochschulprofessoren, Dozenten, aber auch für Stabsstellenaspirantinnen und -aspiranten in den Hochschulen, die Service Learning zentral koordinierten. Es richte sich darüber hinaus an weitere Organisationen, die Strukturen im Bereich „Service Learning“ aufbauen wollten. Die nächste Fachtagung im November 2015 in Frankfurt werde sich mit der gezielten Vernetzung von Hochschulen und Zivilpartnern befassen, denn bisher sei die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich „Service Learning“ in der Praxis nicht immer einfach.

Da Service Learning an Hochschulen noch ein relativ neues Thema sei, wäre es hilfreich, wenn die Politik im Bund und in den Ländern den öffentlichen Diskurs darüber befördern würde. Im Bundesland Hessen werde z. B. der gerade abgeschlossene Hochschulpakt dazu benutzt, um Zielvereinbarungen mit einzelnen Hochschulen im Bereich „Service Learning“ abzuschließen. Ein Bewusstsein dafür, dass man Zielvereinbarungen auch als Instrument nutzen könne, um Service Learning zu fördern, gebe es bisher aber noch nicht in allen Bundesländern. Hier könnte daher auch der öffentliche Diskurs durch parlamentarische Gremien unterstützend wirken. Auch eine Berücksichtigung von Service Learning bei Hochschul-

rankings könnte eine förderliche Wirkung entfalten.

Ein wichtiger weiterer Wunsch sei eine dauerhafte Finanzierung des Netzwerkes. Man habe zwar bereits eine Reihe von Projektförderungen, u. a. auch durch das BMFSFJ, erhalten, aber noch keine Förderung durch das für die Hochschulen zuständige BMBF. Im Idealfall sollte es an jeder Hochschule mindestens ein bis zwei Koordinationsstellen zur hochschulweiten Unterstützung von Service Learning geben, die über 20.000 Euro Sachmittel pro Jahr zur Förderung einzelner Seminare (Lehraufträge, Hilfskräfte, Materialien) verfügen könnten. Sie sollten zudem Fachbereiche und Professoren beraten und interne Weiterbildungsmöglichkeiten koordinieren, um Service Learning an Hochschulen weiter zu etablieren.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Dr. Hugenroth und Herrn Dr. Buchholz für ihre Beiträge. Die Fragerunde eröffne der Kollege Dr. Karamba Diaby.

Abg. **Dr. Karamba Diaby** (SPD) dankt den Sachverständigen für ihre Einführungen. Auch an der Universität Halle-Wittenberg in seinem Wahlkreis gebe es gute Beispiele für Service Learning. So böten z. B. Jura-Studentinnen und -Studenten Workshops zum Thema „Asyl“ an Bildungs- und Jugendeinrichtungen an. Er würde gerne von den Sachverständigen wissen, ob sich bundesweit inzwischen einheitliche Standards für Service Learning herausgebildet hätten und welche Elemente diese umfassten. An Herrn Dr. Buchholz habe er die Frage, inwieweit er seine Ansicht teile, dass Service Learning als Teil der universitären Lehrerausbildung verankert werden müsse. Darüber hinaus interessiere ihn, wie es gelungen sei, so viele Hochschulen für die Mitarbeit im Netzwerk zu gewinnen.

Abg. **Martin Patzelt** (CDU/CSU) betont, dass ihm beide Vorträge inhaltlich fasziniert hätten. In seiner früheren Funktion als Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt an der Oder habe er in Gesprächen mit den Verantwortlichen der Europa-Universität Viadrina des Öfteren dafür geworben, die Stadt stärker als Labor für die wissenschaftliche Forschung zu nutzen. Insofern begrüße er das didak-



tisch aufbereitete Konzept des Hochschulnetzwerkes „Bildung durch Verantwortung“ sehr und werde noch einmal bei den Verantwortlichen für eine Beteiligung der Viadrina werben. An Frau Dr. Hugenroth habe er, da er auch Mitglied im Menschenrechtsausschuss sei, die Frage, ob man das Konzept „Service Learning“ nicht auch in Entwicklungsländern anwenden könne.

Abg. **Dr. Rosemarie Hein** (DIE LINKE.) weist einleitend darauf hin, dass sich der Bildungsausschuss, dem sie ebenso wie einige andere Unterausschussmitglieder angehöre, sehr intensiv mit dem Thema „Digitale Bildung“ und auch mit der von Frau Dr. Hugenroth erwähnten ICILS-Studie befasse. Sie teile die Auffassung, dass das Thema des heutigen Fachgespräches im Bildungsausschuss vielleicht besser aufgehoben gewesen wäre und wolle dies auch begründen. Von den Sachverständigen sei hervorgehoben worden, dass es bei Service Learning darum gehe, mehr an der Praxis zu lernen. Als ehemalige Lehrerin habe sie die Erfahrung gemacht, dass Lernen ein sehr individueller Prozess sei und dass man niemanden etwas beibringen könne, was dieser nicht lernen wolle. Dass man etwas am besten aus eigener Anschauung und Erfahrung lernen könne, sei daher ein richtiger Ansatz, der von Schule, so wie sie heute konzipiert sei, leider nicht immer berücksichtigt werde. Seit mehr als 20 Jahren kenne sie die Forderung nach der Öffnung von Schule ins gesellschaftliche Umfeld und nach mehr Lebensweltorientierung im Unterricht. Sie kenne auch den Begriff der Lernortkooperation, der in guten Schulen mit Leben erfüllt werde, und die Forderung nach Anerkennung von außerschulischen Lernleistungen. Dies gehe auch über das hinaus, was von Frau Dr. Hugenroth als Aufgaben von Service Learning beschrieben worden sei und was gute Schulen bereits heute leisteten. Das Problem sei, dass den Lehrenden an Schulen für fächerübergreifendes Arbeiten und für Kooperationen mit außerschulischen Partnern oft die Zeit fehle. Was man dagegen nicht brauche, auch wenn dies vielleicht ein wenig unfreundlich klinge, sei aus ihrer Sicht der Begriff „Service Learning“.

Frau Dr. Hugenroth habe dafür plädiert, Service Learning in die normale Unterrichtszeit zu integrieren. Ihre Frage sei, ob dies nicht zu einem

Konflikt mit der gebundenen Ganztagschule führe. Herr Dr. Buchholz habe darauf hingewiesen, dass Service Learning auch bewirken solle, dass das Studium praxisorientierter werde, was es bekanntlich nicht immer sei. Insofern sei die Idee, nicht nur das fachbezogene Lernen, sondern auch das Erlernen sozialer Kompetenzen zu fördern, durchaus begrüßenswert. Damit werde jedoch aus ihrer Sicht ein Grenzbereich erreicht, den man nicht mehr zum bürgerschaftlichen Engagement im eigentlichen Sinne zählen könne. Zudem hätten Studierende dadurch noch weniger Zeit, sich außerhalb ihres Studiums bürgerschaftlich zu engagieren. Ferner drohe Engagement, wenn es als Studienleistung anerkannt werden solle, zur Pflicht zu werden. Hierzu interessiere sie die Einschätzung von Herrn Dr. Buchholz.

Abg. **Kordula Schulz-Asche** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont, dass Innovative an Service Learning sei, dass es sich an der Schnittstelle zwischen der Gesellschaft einerseits und den Bildungsinstitutionen andererseits bewege. Service Learning werde als Ansatz aus ihrer Sicht auch nicht dadurch entwertet, dass dessen Inhalte, wie die Kollegin Dr. Hein zu Recht hervorgehoben habe, zum Teil bereits seit Jahrzehnten in der Pädagogik diskutiert würden – allerdings ohne bereits an allen Schulen angekommen zu sein. Beim Service Learning an Schulen gebe es nach ihrer Beobachtung eine sehr starke Schülerorientierung. Ihre Frage sei, ob es nicht notwendig wäre, die Lehrer stärker einzubeziehen, sodass sie sich selbst als Teil des Prozesses ansähen. An Herrn Dr. Buchholz habe sie die Frage, inwiefern das Hochschulnetzwerk „Bildung durch Verantwortung“ auch versuche, sich mit Alumni-Organisationen, die sich inzwischen an vielen Hochschulen gebildet hätten, zu verbinden.

Abg. **Ingrid Pahlmann** (CDU/CSU) weist darauf hin, dass heute vielfach beklagt werde, dass das Studium zu wenig Praxisbezug habe. Auch insofern begrüße sie den Service Learning-Ansatz, da dieser sowohl der Gesellschaft als auch den Universitäten und Studierenden gut tue. Zudem wisse man, dass diejenigen, die sich bereits in jungen Jahren engagierten, dies oft auch im späteren Leben täten. Ferner schließe ein Engagement im Rahmen von Service Learning ein Engagement



außerhalb des Studiums nicht aus. Auch deshalb halte sie Service Learning für einen guten Ansatz. Ihre Frage an Herrn Dr. Buchholz sei, auf welche Weise das Hochschulnetzwerk versuche, weitere Universitäten für eine Mitarbeit zu gewinnen. Ebenso wie die Kollegin Schulz-Asche habe sie die Frage an Frau Dr. Hugenroth, wie man neben Kindern und Jugendlichen auch die Lehrerinnen und Lehrer, die heute oft mit einer Vielzahl von zusätzlichen Aufgaben belastet seien, für den Service Learning-Ansatz gewinnen könne.

Frau **Dr. Reinhild Hugenroth** (BBE) weist mit Blick auf die Frage des Abgeordneten Dr. Diaby nach den Qualitätsstandards darauf hin, dass sie bereits das „magische Viereck“ – realer Bedarf, außerschulische Kooperationspartner, Anbindung an den Fachunterricht und Reflexion – erwähnt habe. Realer Bedarf bedeute, dass die Schülerinnen und Schüler bei ihrem Engagement kein fiktives, sondern ein reales Problem behandelten. Das heiße, das Engagement der Schülerinnen und Schüler werde tatsächlich gebraucht – von den Engagementpartnern, von den Menschen, denen es zugute komme oder von der Gesellschaft in einem Stadtteil. Schülerinnen und Schüler übernähmen entsprechend ihrer Kompetenzen also eine verantwortungs- und bedeutungsvolle Aufgabe. Sie ermittelten zunächst gemeinsam mit den außerschulischen Kooperationspartnern die vorhandenen lokalen Bedarfe und entwickelten auf der Grundlage ihres schulischen Fachwissens eigene Engagementideen. Während ihrer Service Learning-Tätigkeit würden sie vom Personal der Einrichtungen begleitet und bei der Erweiterung ihrer Kompetenzen unterstützt.

Die Anbindung an den Fachunterricht geschehe über die curriculare Verankerung von Service Learning. Diese könne einzelfachbezogen oder fächerübergreifend erfolgen. Service Learning könne im Rahmen einer Projektwoche, eines Sozialpraktikums oder einer Arbeitsgemeinschaft stattfinden. Wichtig sei, dass es eine inhaltliche Verbindung zwischen Engagement und Lernen und eine Verankerung in Rahmenrichtlinien und Lernplänen gebe. Reflexion sei schließlich eine Querschnittsaufgabe, die in allen Phasen von Service Learning Anwendung finde. Die fortlaufende Reflexion helfe, die Kompetenzentwicklung

der Schülerinnen und Schüler zu dokumentieren, und ermögliche einen Erkenntnisgewinn über den Zusammenhang von fachlichem Wissen aus dem Unterricht und der praktischen Anwendbarkeit. Sie helfe zudem dabei, aus Fehlern zu lernen und stärke die Problemlösungskompetenz. Die genannten Qualitätsstandards seien grundsätzlich auf alle Projekte und Bundesländer übertragbar.

Der Abgeordnete Patzelt habe die Frage der Übertragbarkeit auf andere Länder angesprochen. Es gebe Service Learning-Projekte z. B. an Schulen in Tuzla im ehemaligen Jugoslawien. Der Ansatz sei also durchaus auch in Konfliktregionen anwendbar. In diesem Zusammenhang wolle sie auch auf die Charta des Europarates von 2012 zu Demokratie und Menschenrechtsbildung hinweisen. Deutschland habe sich – wie alle Länder des Europarates – verpflichtet, die Charta umzusetzen.

Die Begriffskritik der Abgeordneten Dr. Hein sei sicherlich nicht unberechtigt. Trotzdem gebe es für Service Learning so etwas wie ein Copyright, da der Ansatz nun einmal in den USA entwickelt worden sei. Die Freudenberg-Stiftung habe vor einigen Jahren versucht, den Begriff „Lernen durch Engagement“ zu etablieren. In dem bereits erwähnten Impulspapier habe man den Begriff „Civic Education“ für die unterschiedlichen Formen des Engagementlernens verwendet und folgendermaßen definiert: „In den letzten Jahren hat sich für den Erwerb bürgerschaftlicher Kompetenzen in Anlehnung an Debatten im angelsächsischen Raum auch in Deutschland der Begriff ‚Civic Education‘ durchgesetzt. Gemeint ist damit im Kern die Erziehung und Bildung zum kompetenten mündigen Bürger. Im Begriff ‚Civic Education‘ bündeln sich Ansätze und Strategien der politischen Bildung, der Stärkung von Partizipation von Kindern und Jugendlichen, der demokratischen Gestaltung des Alltags in pädagogischen Einrichtungen sowie der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement. Civic Education zielt auf die Ausbildung von Haltungen, Bereitschaft und Fähigkeiten zur Mitbestimmung in und Mitgestaltung von unserer Gesellschaft.“

Die Abgeordneten Schulz-Asche und Pahlmann hätten die Frage der Lehrerbildung themati-



siert. In Sachsen-Anhalt würden vom Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung eigene Fortbildungen zum Thema „Service Learning“ angeboten. Lehrer seien dort Teil des Prozesses, was in der Tat wichtig sei. Darüber hinaus wäre es hilfreich, die Frage des bürgerschaftliches Engagements noch stärker im Rahmen des Lehramtsstudiums zu verankern. Hierfür gelte es noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

Herr **Dr. Detlev Buchholz** (Hochschulnetzwerk „Bildung durch Verantwortung“) erklärt, er wolle zunächst auf die Frage des Abgeordneten Dr. Diaby zu den Qualitätsstandards eingehen. Service Learning solle erstens eine Dienstleistung für eine öffentliche oder gemeinwohlorientierte Einrichtung bieten, die einem realen gesellschaftlichen Bedarf entspreche und einen konkreten gesellschaftlichen Mehrwert schaffe und zwar im Rahmen der Ausübung eines Ehrenamtes. Service Learning solle zweitens Bestandteil der Hochschul-Curricula sein, im Fachbereich oder Institut angebunden sein, fachlich begleitet werden und Möglichkeiten zur Reflexion bieten. Service Learning solle drittens Studierenden unmittelbaren Kontakt mit relevanten außerhochschulischen Akteuren oder Betroffenen bieten und zu unmittelbarem Erleben anderer sozialer Lagen führen, wobei Letzteres relativ gesehen werden müsse. Darüber hinaus gebe es operative Qualitätsstandards, z. B. dass konkrete Ziele und Projektaufgaben von Lernenden und Lehrenden gemeinsam definiert und eigenständig von den Lernenden in Teams bearbeitet würden. Diese allgemein definierten Standards müssten von den Hochschulen konkret umgesetzt werden, wobei sich die am Netzwerk beteiligten Hochschulen gegenseitig der Einhaltung der Standards vergewissern. Jede Hochschule, die neu in das Netzwerk komme, müsse die Selbstverpflichtung in Bezug auf die Qualitätsstandards leben. Deren Einhaltung werde durch den Diskurs auf der Fachebene überprüft. Dies sei mühsam aber notwendig, solange es noch kein zertifiziertes Audit gebe.

Die Berücksichtigung von Service Learning bei der Lehramtsausbildung an den Universitäten sei zum Teil noch in Planung, werde zum Teil aber auch schon praktiziert. Da die fachliche Koordination von Service Learning oft von den betreffenden

Fachbereichen ausgehe, gebe es auch automatisch ein Bewusstsein für die Notwendigkeit der curricularen Verankerung in der Lehramtsausbildung.

Wege zur Gewinnung von neuen Hochschulen für das Netzwerk seien zum einen die Öffentlichkeitsarbeit und das Internet. Zum anderen gebe es eine aktive Nachfrage zur Beteiligung durch die Hochschulen selbst. Gleichwohl könnte man hier insgesamt noch etwas mehr tun. Darüber hinaus werbe man bei den zuständigen Wissenschaftsministerien der Länder dafür, Service Learning z. B. im Rahmen von Zielvereinbarungen und Hochschulpakten zu berücksichtigen. Auch eine explizitere Verankerung in den Hochschulgesetzgebungen der Länder wäre wünschenswert, da dies ein Weg sein könnte, weitere Hochschulen zu gewinnen.

Das Netzwerk stehe auch im engen Kontakt zum Institute for Advanced Sustainability Studies in Potsdam, das eines der führenden Forschungsinstitute im Bereich der transformativen Wissenschaft sei. Es gebe im Bereich der Hochschulen auch einen internationalen Austausch über Service Learning. Im Rahmen der Herbsttagung des Netzwerkes habe man sich im November 2014 den verschiedenen Service Learning-Aktivitäten in anderen Ländern gewidmet. Dabei sei auch die Frage des Aufbaus von pädagogischen Strukturen in Schulen im Rahmen der Entwicklungshilfe thematisiert worden.

Abschließend wolle er auf die Kritik der Abgeordneten Dr. Hein eingehen. Mit dem Begriff „Service Learning“ sei er – ebenso wie mit anderen Anglizismen – persönlich auch nicht glücklich. In Nordamerika habe das individuelle Ehrenamt eine ganz andere kulturelle Verankerung als in Deutschland. Dies gelte auch für Schulen und Hochschulen, wo ein in der Vita nachgewiesenes ehrenamtliches Engagement über einen längeren Zeitraum sogar Zugangsvoraussetzung für Ausbildung und Stipendium sein könne. Dafür habe sich dort der Begriff „Service Learning“ herausgebildet. Dagegen stehe man in Deutschland diesbezüglich noch am Anfang der Entwicklung, wobei er es für ein sehr wichtiges Anliegen halte, Lernen und Engagement an Schulen und Hochschulen miteinander zu verbinden. Durch ein in das Curriculum



eingebundenes Service Learning könnten sowohl junge Menschen für bürgerschaftliches Engagement angesprochen werden, die sich zuvor z. B. bereits beim THW oder bei der freiwilligen Feuerwehr ehrenamtlich engagiert hätten, als auch Personen z. B. mit Migrationshintergrund, die mit den klassischen Engagementformen zuvor nichts zu tun gehabt hätten, wobei es ausdrücklich nicht um eine Honorierung in Form von ECTS-Punkten gehen sollte.

Zu den Qualitätsstandards gehöre auch, dass die Studierenden ihre Projekte selbst definierten, wobei dies z. B. im Dialog mit Freiwilligenagenturen geschehe, da es sich um ernsthafte und bedarfsgerechte Projekte handeln sollte. Dass Studierende weniger Zeit zur freien Verfügung hätten als vor dem Bologna-Prozess, könne er nur bestätigen. Gerade deshalb halte er Service Learning für eine gute Möglichkeit, um Lernen und Engagement zeitlich miteinander zu verbinden und auch unter diesem Blickwinkel sei Service Learning für ihn sehr unterstützenswert.

Alumni-Netzwerke versuche das Netzwerk „Bil-

dung durch Verantwortung“ in der Tat zu nutzen. Ein Beispiel hierfür sei das Mentorinnennetzwerk in Hessen. Die Abgeordnete Pahlmann habe darauf hingewiesen, dass diejenigen, die sich bereits in jungen Jahren engagierten, dies oft auch in späteren Jahren täten. Einschränkend sei allerdings zu konstatieren, dass der Anteil derjenigen, die sich nach dem Service Learning weiter kontinuierlich ehrenamtlich engagierten, bisher nur bei 5 bis 10 Prozent liege. Es wäre aber wünschenswert, wenn dieser Anteil – wie in Nordamerika – noch wesentlich höher läge.

Der **Vorsitzende** dankt Frau Dr. Hugenroth und Herrn Dr. Buchholz für ihr Kommen. Er sei sich sicher, dass die Diskussion über das Thema „Service Learning“ an dieser und an anderer Stelle – vielleicht auch im Bildungsausschuss – fortgesetzt werde.

Tagesordnungspunkt 3

Verschiedenes

Zum Punkt „Verschiedenes“ gibt es keine Wortmeldungen.

Schluss der Sitzung: 19:04 Uhr

Willi Brase, MdB
Vorsitzender



Unterausschuss
 "Bürgerschaftliches Engagement"

UA-Drs. 18/037

bagfa und Freiwilligenmanagement

bagfa
 Bundesarbeitsgemeinschaft
 der Freiwilligenagenturen e.V.



Freiwillige willkommen !!!

bagfa und Freiwilligenmanagement

Unterausschuss

„Bürgerschaftliches Engagement“

Mittwoch, den 1. Juli 2015

Profilierung von Freiwilligenagenturen

- *„Deshalb ist neben der Beratung, Information und Vermittlung von Freiwilligen auch die Beratung von Organisationen hinsichtlich eines modernen Freiwilligenmanagements eine zentrale Aufgabe der Agenturen.“*
- *„Organisationsentwicklung im Sinne der Qualifizierung von Organisationen und der Entwicklung eines modernen Freiwilligenmanagements bedeutet auch, klare personelle Verantwortlichkeiten und Ansprechpartner für Fragen bürgerschaftlichen Engagements zu bestimmen sowie notwendige finanzielle Ressourcen für Engagement zur Verfügung zu stellen.“*

Quelle: Abschlussbericht Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, 2002

Was heißt Freiwilligenmanagement?

„Freiwilligenmanagement kann als Synonym verstanden werden für alle Bestrebungen einer Organisation, die Zusammenarbeit mit freiwillig Engagierten für alle Beteiligten optimal zu gestalten. Dies geschieht in der Umsetzung durch eine bewusste Grundhaltung und einen wertschätzenden Umgang mit den Engagierten, aber auch durch klare Verfahren und Regelungen sowie die Einbettung des Themas in die Strategie der Organisation“ .

Quelle: Handbuch Freiwilligenmanagement, 2013, S. 15

bagfa und Freiwilligenmanagement

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) vernetzt und qualifiziert die Agenturen in den Themen „Freiwilligenmanagement“ und „Beratung von Organisationen“

- Innovationspreis für Freiwilligenmanagement in der Freiwilligenagentur
- Eigenes bagfa-Qualitätsmanagementsystem
- Entwicklung eines modularen Fortbildungssystems
- Herausgabe von Leitfäden

Die Freiwilligenagenturen sind Botschafter für ein modernes Freiwilligenmanagement. Die Beratung von Organisationen gehört neben der Information, Beratung und Vermittlung von Freiwilligen, der Öffentlichkeitsarbeit, der Vernetzung und Projektentwicklung zum Standardprofil.

- 100 Prozent der Agenturen beraten, informieren und vermitteln Freiwillige und beraten und arbeiten mit Organisationen zusammen
- 90 Prozent sehen die Qualifizierung und Begleitung freiwillige Engagierter als ihre Aufgabe
- Rund 60 Prozent nimmt auch die Qualifizierung und Beratung von hauptamtlichen Fachkräften/ Organisationen

VOR

Wie sieht die Beratung aus?

- Freiwillige: Tätigkeitsbeschreibung, Aufgabenverantwortung, Verantwortungsübernahme, Ansprechpartner/in, Qualifizierung, Versicherungsschutz
- Organisationen: Rahmenbedingungen für Freiwillige, Entwicklung einer Freiwilligenkultur, Angebote für Freiwillige, Bereitstellung von Ressourcen

Darüber hinaus werden auch je nach Agentur angeboten:

- Qualifizierungen für Freiwillige
- Qualifizierungen für Organisationen
- Qualifizierung zur Freiwilligenkoordination
- Organisationsentwicklung zum Freiwilligenmanagement
- Zertifizierung von Einsatzstellen zum Freiwilligenmanagement
- Beratung von (Sport)Vereinen zur Vorstandsentwicklung

Die Grundlagen von Freiwilligenmanagement sind in der Engagementszene vertraut, es gibt viele Qualifizierungsmöglichkeiten. Aber Freiwilligenmanagement muss man sich leisten können.

- Die Infrastrukturen zur Beratung von Organisationen zum Freiwilligenmanagement sind unterfinanziert
- Vorstandsentwicklung
- Ansprechpartner und Mitbestimmung in den Organisationen

Es braucht neue, differenzierte Umsetzungsstrategien für Freiwilligenmanagement

- Es braucht einfache, individuelle Zugänge und Ressourcen zum Freiwilligenmanagement.
- Es kann nicht die eine Strategie geben, die von oben nach unten funktioniert, es geht um Prozesse, die immer wieder neu erfunden werden müssen.
- Jede Organisation muss ein Stück weit ihre Philosophie und ihre Anerkennungskultur finden.
- Freiwilligenmanagement ist „nicht abgeschlossen“.
- Die Profilierung von Organisationen im Freiwilligenmanagement wird immer wichtiger bei der Gewinnung von Freiwilligen werden.

Die Felder „Organisationsentwicklung“ und „Freiwilligenmanagement“ können nicht isoliert betrachtet werden. Sie liegen auch im Spannungsfeld (gesellschaftlicher) Entwicklung.

- Die Engagementmotive haben sich verändert, die Zeitreserven für Engagement sind geringer.
- Mit zahlreichen (kurzfristigen) Engagementangeboten (auch online) wird auch erfolgreich versucht neue Ressourcen zu erschließen. Das ändert allerdings nichts daran, dass es weiterhin das kontinuierliche Ehrenamt braucht.
- Die Organisationen stehen unter hohem Effizienz-, Ökonomisierungs- und Professionalisierungsdruck. Das eigensinnige Engagement und die Beteiligung von Freiwilligen sind dabei nicht unbedingt erwünscht.

Was zu wünschen ist:

- Es braucht eine neue Zeitkultur
- Nicht nur schnell, effizient und ökonomisch, sondern abgestimmt, partizipativ und anerkennend macht die zivilgesellschaftliche Qualität aus.
- Es braucht mehr Dialog und Diskurs: „Was ist uns das Engagement wert?“
- Es braucht mehr Anerkennung und Mittel für Strukturen, statt für Figuren und Personen
- Es braucht ein reduziertes Erwartungsmanagement: Engagement soll alles (Daseinsvorsorge) und darf nichts (mitreden, teuer sein, ausprobieren).
- Es sollte heißen: Engagement darf (fast) alles und soll nichts: Denn die meisten Menschen engagieren sich, weil es ihnen Freude macht!



Literatur:

- Akademie Management und Politik (Hrsg.): Freiwilligen-Engagement professionell gestalten. Engagierte und aktive Freiwillige gewinnen und beteiligen, Bonn 2010
- Generali Engagementatlas, 2015
- Hauptbericht des Freiwilligensurvey 2009. Zusammenfassung, München 2010
- Karsten Speck, Holger Backhaus-Maul, Peter Friedrich, Maud Krohn: Freiwilligenagenturen in Deutschland. Potenziale und Herausforderungen einer vielversprechenden intermediären Organisation, Wiesbaden 2012
- Reifenhäuser, Carola, Oliver Reifenhäuser (Hrsg.): Praxishandbuch Freiwilligenmanagement, 2013 Weinheim und Basel

Kontakt:

bagfa e.V.

Tobias Kemnitzer

Potsdamer Straße 99

10785 Berlin

Tel.: 030 - 74 78 22 99

E-Mail: tobias.kemnitzer@bagfa.de

www.bagfa.de (mit Freiwilligenagentursuche)

Unterausschuss
"Bürgerschaftliches Engagement"

UA-Drs. 18/034

Freiwilligenmanagement als Verbandsarbeit

BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Anlage 2



Der BUND e.V.

- **gemeinnützig**
- **föderal organisiert**
- **überparteilich**
- **Mitgliederverband – 500.000 Unterstützer*innen**
- **seit 2002 Aufbau Freiwilligenmanagement**

Aktive insgesamt



34 000 Personen

Freiwilligenmanagement in einem ehrenamtlich geführten Verband



Generell

Veränderte Rahmenbedingungen

- ✓ Anforderungen wachsen
rechtlich, fachlich, finanziell, gesellschaftlich
- ✓ Schnelle Veränderung
technisch, thematisch
- ✓ Demografie und heterogene Gesellschaft
Lebensstile, Stadt-Land, junge Alte

Generell

- ✓ Veränderte Rahmenbedingungen

≠

- ✓ kein abnehmendes Engagement
- ✓ formale Organisation weiterhin attraktiv

Generell

BUND Ortsgruppe Buxtehude ≠ BUND Ortsgruppe Memmingen



Eine Problemlösung passt oft nicht



Freiwilligenmanagement abhängig von Ziel- und Steuerungslogik¹



Freiwilligenmanagement individuelles Coaching in BUND-Gruppen

Freiwilligenmanagement in einem ehrenamtlich geführten Verband



Generationswechsel

- ✓ akuter Handlungsbedarf
- ✓ unklare Stellenbeschreibung
- ✓ „klammernde“ Vorstände
- ✓ „*closed-shop*-Charakter“

“Häufig spielen emotionale Aspekte bei einem Generationswechsel eine wesentliche Rolle, wie die Erhaltung des eigenen Lebenswerkes.“²

Freiwilligenmanagement in einem ehrenamtlich geführten Verband



Qualifizierung

„Fachlich“

- ✓ breite Themenpalette
- ✓ aktuell
- ✓ regional

Kompetenzen

- ✓ BUND-Akademie
- ✓ Verknüpfung von Fachthema & Kompetenz
- ✓ regional
- ✓ BUND-Trainer*innen

Freiwilligenmanagement in einem ehrenamtlich geführten Verband



Flexibilität

- ✓ Regionale Angebote
- ✓ On/Offline-Verbindung
- ✓ Lernen & Engagieren
- ✓ Motivation

Beispiele:

Fukushima – Kranich-Aktion

Wildkatze – Lockstock-Aktion/Korridor pflanzen

Flexibilität

Beispiele:
Fukushima –
Kranich-Aktion



Flexibilität

Beispiele:
Wildkatze –
Lockstock-Aktion
Korridor pflanzen



Zukunft

auf Seiten des BUND

- Mehr Engagement-Angebote online
- Entwicklung „mobile“ Akademie
- Verbandliche Strukturweiterungen

auf Seiten der Politik

- Engagementfreundlichkeit prüfen
- Finanzierung von Qualifizierung
- Engagierte nicht überfordern

Service Learning in der Schule

Dr. Reinhild Hugenhroth

Unterausschuss

Bürgerschaftliches Engagement

Berlin, 1. Juli 2015

Service Learning in der Schule

- 1.** Zehn Jahre Debatte im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und in der Arbeitsgruppe „Bildung und Qualifizierung“
- 2.** Bedingungen und Voraussetzungen für Service Learning

Service Learning in der Schule

- **2002**
Abschlussbericht
Enquete Bürgerschaftliches Engagement
- **ab 2004**
zahlreiche Kongresse und Dokumentationen
in den Bundesländern
(zugleich Veröffentlichungen + BLK-Programm)
- **2009 und 2012**
Nationales Forum
für Engagement und Partizipation

Service Learning in der Schule

- **2013**

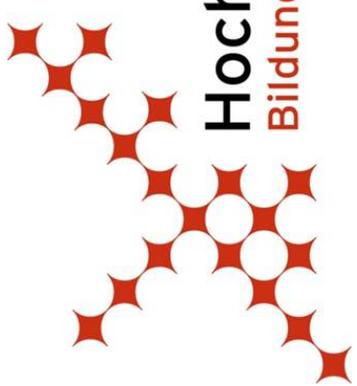
Buch „Schule der Bürgergesellschaft –
Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne
Bildung und gute Schulen“, Schwalbach 2013

- **2014**

Gleichnamiges Impulspapier, verabschiedet
vom BBE-Koordinierungsausschuss + Kongreß

Service Learning in der Schule

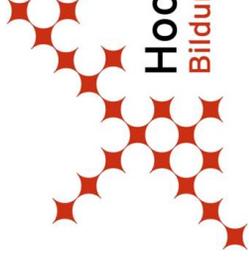
- Von „Charity“ **zu** „Change“
- Von „zusätzlich“ **zu** „integriert“
- Von „lehrerzentriert“ **zu** „schülerorientiert“
- Von „Lehrstoff“ **zu** „Kompetenzen“
- Von „Einzelprojekt“ **zu** „Qualitätsstandards“
- **Ergebnis:** „demokratischer Habitus“



Unterausschuss
"Bürgerschaftliches Engagement"
UA-Drs. 18/035

Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung

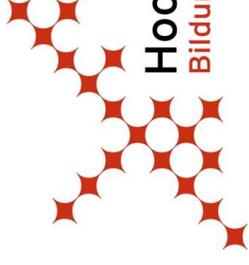
Mission



Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung

„Hochschulen haben eine besondere Verantwortung für die Gesellschaft, in deren Auftrag sie lehren und forschen. Nur die enge Verzahnung von Hochschule und Gesellschaft eröffnet den angemessenen Austausch von Wissen, Ressourcen und Fähigkeiten und ermöglicht es, heutigen und zukünftigen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Der dazu notwendige Dialog zwischen Hochschule und Gesellschaft in Lehre und Forschung ist daher nicht nur theoretisch, sondern ganz praktisch und realitätsnah zu verankern.“

Ziel

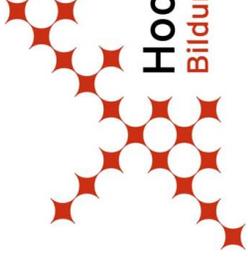


Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung

Das Hochschulnetzwerk wirkt an der *Verbreitung der Vision und Wirklichkeit von Hochschulen*

- als Orte des transdisziplinären Dialogs, an denen Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen gemeinsam erarbeitet, erprobt und erforscht werden und
- als Orte der Bildung von Persönlichkeiten, die ihr Bewusstsein für gesellschaftliche Problemlagen und Zusammenhänge schärfen und durch Selbstwirksamkeitserfahrungen ermutigt werden, sich gesellschaftlich einzubringen.

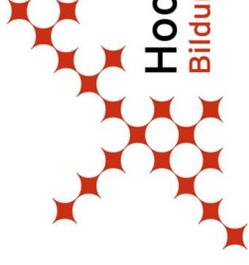
Service Learning



Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung

- ... bietet eine Dienstleistung für eine öffentliche oder gemeinwohlorientierte Einrichtung, die einem realen gesellschaftlichen Bedarf entspricht und einen konkreten gesellschaftlichen Mehrwert schafft.
- ... ist Bestandteil der Curricula, ist im Fachbereich/Institut angebunden, wird fachlich begleitet und bietet Möglichkeit zur Reflexion.
- ... bietet Studierenden unmittelbaren Kontakt mit relevanten außerhochschulischen Akteuren oder Betroffenen, führt zu unmittelbarem Erleben anderer sozialer Lagen.

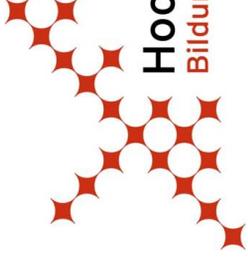
Beispiele für Service Learning



Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung

- Jura: studentische Law-Clinic für Migranten / Asylbewerber
- Medizin: studentische Ambulanz für Unversicherte (Obdachlose)
- Architektur: Beratung bei der Stadtviertelgestaltung für Kommunen
- Wirtschaft: Business-Plan-Beratung & Coaching für Ich-Ags
- Ingenieure: technische Unterstützung THW / freiw. Feuerwehr
- Fund-Raising-Beratung für NGOs
- Patenschaften für benachteiligte Grundschul Kinder

Arten von Service Learning



Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung

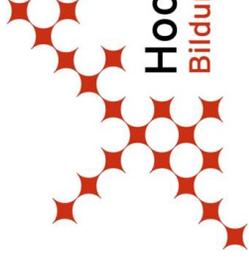
Fachorientiertes Service Learning

- Lernziele sind vornehmlich fachlich
- in einem fachlichen Modul eines Studiengangs (gelegentlich Kooperation mehrerer Studiengänge)
- Organisation und Verantwortung bei den Lehrenden der Fachbereiche
- enge Kriterien für das Engagement-Projekt

Schlüsselkompetenzorientiertes Service Learning

- Lernziele betreffen vornehmlich Schlüsselkompetenzen wie Teamfähigkeit, Kommunikation, Projektmanagement
- häufig fächerübergreifend
- Organisation und Verantwortung häufig bei Zentralen Einrichtungen der Universität
- Raum für verschiedene Engagement-Projekte

Effekte von Service Learning



Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung

Für Studierende

- Steigerung der Studienmotivation
- Theorie-Praxis-Transfer, Kontextualisierung von Wissen
- Erweiterung von Schlüsselkompetenzen und Berufsbefähigung
- Befähigung zu bürgerschaftlichen Teilhabe

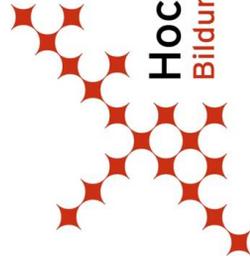
Für die Gesellschaft / die Zivilpartner

- unmittelbarer Nutzen durch „helfendes Output“
- Kontakte und Wissenstransfer zwischen gemeinnützigen Einrichtungen und Universität
- Stärkung der Bereitschaft zu Engagement

Für die Hochschule

- Steigerung der Relevanz der Hochschule für die Gesellschaft
- Perspektiven weiterer Kooperationen, z. B. neue Forschungsthemen
- Profilierung der Hochschule

Mitgliedshochschulen



Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung

1. Alice Salomon Hochschule Berlin
2. Technische Universität Berlin
3. Hochschule Coburg
4. Fachhochschule Dortmund
5. Universität Duisburg-Essen
6. Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
7. Universität Erfurt
8. Hochschule Esslingen
9. Goethe-Universität Frankfurt am Main
10. Frankfurt University of Applied Sciences
11. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
12. Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminen/Göttingen
13. Universität Kassel
14. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
15. Universität zu Köln
16. University of Applied Sciences Krams (Österreich)
17. Leuphana Universität Lüneburg
18. Universität Mannheim
19. Munich Business School
20. Hochschule Neu-Ulm
21. Technische Hochschule Nürnberg
22. Universität Osnabrück
23. Hochschule RheinMain
24. Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes
25. AKAD University Stuttgart
26. EBS Universität für Wirtschaft und Recht Wiesbaden
27. Universität Witten/Herdecke

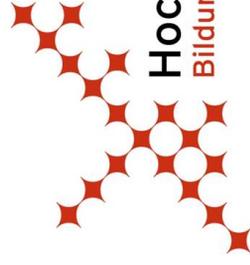
Assoziiertes Mitglied:

Agentur mehrwert Stuttgart gGmbH

- 14 Universitäten
- 13 Fachhochschulen
- 4 private Hochschulen
- 1 kirchliche Hochschule
- 1 ausländische Hochschule
- 1 assoziierte Zivilpartnerin



Mitgliedshochschulen



Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung

1. Alice Salomon Hochschule Berlin
2. Technische Universität Berlin
3. Hochschule Coburg
4. Fachhochschule Dortmund
5. Universität Duisburg-Essen
6. Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt
7. Universität Erfurt
8. Hochschule Esslingen
9. Goethe-Universität Frankfurt am Main
10. Frankfurt University of Applied Sciences
11. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
12. Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminen/Göttingen
13. Universität Kassel
14. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
15. Universität zu Köln
16. University of Applied Sciences Krams (Österreich)
17. Leuphana Universität Lüneburg
18. Universität Mannheim
19. Munich Business School
20. Hochschule Neu-Ulm
21. Technische Hochschule Nürnberg
22. Universität Osnabrück
23. Hochschule RheinMain
24. Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes
25. AKAD University Stuttgart
26. EBS Universität für Wirtschaft und Recht Wiesbaden
27. Universität Witten/Herdecke

Assoziiertes Mitglied:

Agentur mehrwert Stuttgart gGmbH

Hessen

5

Bayern

5

Nordrhein-Westfalen

4

Niedersachsen

3

Baden-Württemberg

3

Berlin

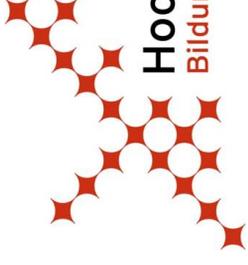
2

Saarland, Sachsen-Anhalt,

Schleswig-Holstein, Thüringen je 1



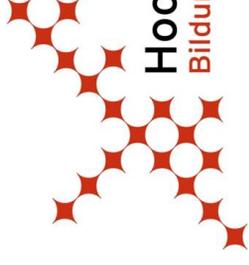
Leistung



Das Hochschulnetzwerk unterstützt Hochschulen *strategisch*:

- bei der öffentlichen Positionierung und Profilierung als gesellschaftlich engagierte Hochschule, auch im Hinblick auf die erfolgreiche Teilnahme an Wettbewerben und Rankings,
- bei der Entwicklung und Etablierung einer zeitgemäßen Lehr-/Lernkultur,
- bei der Förderung von Anwendungsbezug, Berufsbefähigung und Persönlichkeitsbildung von Studierenden,
- bei der Werte-Vermittlung und Förderung von Demokratie und einer (Hochschul-)kultur gesellschaftlichen Engagements,
- beim wechselseitigen Wissenstransfer zwischen Hochschule und Gesellschaft bzw. Wissenschaft und Praxis.

Leistung



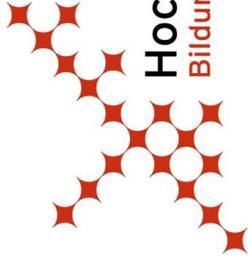
Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung

Das Hochschulnetzwerk unterstützt Hochschulen *operativ* durch:

- Beratung und Weiterbildung zu hochschulstrategischen und hochschuldidaktischen Fragestellungen bei Aktivitäten im Themenbereich gesellschaftliche Verantwortung / Service Learning / Campus-Community-Partnerships,
- einschlägige Fachtagungen und Seminaren,
- die Akademie Bildung durch Verantwortung,
- Zugang zu aktuellen Entwicklungen im Feld, wie z.B. Forschungsergebnisse, Good Practice-Beispiele, Publikationen und Ausschreibungen von Fördermitteln,
- Bildung von Allianzen und Verbundprojekten zur Beantragung von Fördermitteln,
- Qualitätsentwicklung und -sicherung engagementbezogener Lehr-/Lern- und Forschungsformate durch gemeinsame Theoriebildung, Entwicklung von Standards und Beteiligung an Evaluationen und Audits.

Konkrete Aktivitäten

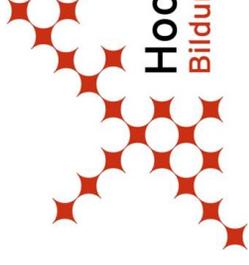
- Zwei Konferenzen pro Jahr zu den Themen Service Learning und Campus Community Partnerships
- Weitere Präsentationen, Workshops und Konsultationen an einzelnen Hochschulen
- Anbahnung geförderter Projekt-Verbünde
- Good-Practice-Web-Portal: www.campus-vor-ort.de



Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung



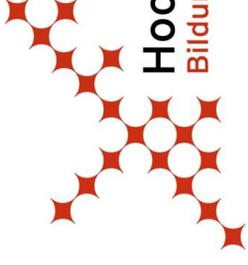
Auswahl öffentlicher Förderungen



Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung

2007-2013	Bosch-Stiftung: Do it!-Programm der Agentur mehrwert	
2011-2013	Stifterverband für die deutsche Wissenschaft und Stiftung Mercator: Wettbewerb „Mehr als Forschung und Lehre! Hochschulen in der Gesellschaft“	 
2012-2015	BMFSFJ: Verbundprojekt „Potentialförderung von Service Learning“	
2012-2015	DFG: Forschungsprojekt zur Wirkung von Service Learning servU	
2014-2017	Bosch-Stiftung: Akademie Bildung durch Verantwortung	
2014	HRK: Nexus-Tagung zum Service Learning	
2015	Stifterverband: Unterstützung der Fachtagung „Lehre.Forschung.Gesellschaft“ anlässlich der Vereinsgründung	

Die nächsten Schritte



Hochschulnetzwerk
Bildung durch Verantwortung

- **Institutionalisierung als eingetragener Verein (Juni 2015)**
- **Start der Akademie Bildung durch Verantwortung (September 2015)**
- **Fachtagung in Frankfurt zur gezielten Vernetzung von Hochschulen mit Zivilpartnern (November 2015)**
- **Gewinnung weiterer Mitgliedshochschulen (Zielzahl bis 2017: 50)**



Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Kontakt:

www.netzwerk-bdv.de

info@netzwerk-bdv.de

Schule der Bürgergesellschaft

Bürgergesellschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen



Präambel

Zum Hintergrund des Impulspapiers

Das vorliegende Impulspapier entstammt einer intensiven Diskussion im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)ⁱ. Es ist erarbeitet worden und wird in besonderer Weise getragen von Vertreterinnen und Vertretern der AG „Bildung und Qualifizierung“ des Bundesnetzwerkes.

Seit seiner Gründung im Juni 2002 gehört der Themenbereich „Bildung, Schule und Bürgergesellschaft“ zu den Kernthemen des BBE. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welchen Beitrag bürgerschaftliches Engagement zu einer zeitgemäßen Bildung leisten kann.

Viele Akteure wirken dabei mit, dass junge Menschen sich zu aktiven Bürgerinnen und Bürgern entwickeln und demokratische Wert- und Verhaltensmuster ausbilden. Neben dem Elternhaus und der Schule sind vorschulische Einrichtungen, Akteure der außerschulischen Jugendarbeit, Vereine, Verbände, Jugendbildungseinrichtungen sowie freie Gruppen und Initiativen für viele Kinder und Jugendliche prägende Lern- und Erfahrungsorte.

Das BBE hat in seiner bisherigen Arbeit den Fokus bewusst insbesondere auf Schulen gerichtet. Denn hier liegen bislang ungenutzte Chancen, die bürgerschaftlichen Kompetenzen der jungen Generation zu stärken und damit gleichzeitig die Unterrichts- und Schulkultur positiv weiterzuentwickeln.

Das Netzwerk tritt ein für

- eine innere wie äußere Öffnung der Schulen
- neue Formen der Kooperation und Vernetzung der Schulen mit dem Gemeinwesen
- der Entwicklung und Etablierung von wirksamen Modellen des Erlernens demokratischer und bürgerschaftlicher Kompetenzen
- die Verankerung demokratischer Teilhabe und gesellschaftlicher Verantwortung als ein Kernelement des Bildungsauftrags von Schulen.

Durch die Etablierung einer bundesweiten Kongressreihe ist es dem BBE gelungen, theoretische Zugänge, empirisches Wissen, Praxiserfahrungen und politische Einschätzungen rund um die Thematik „Schule und bürgerschaftliches Engagement“ zu bündeln.

Das Impulspapier zielt darauf ab, diese langjährigen Erfahrungen als bürgerschaftliche Akzente in die aktuelle Bildungsdebatte, in Fachpolitiken und praktische Schulentwicklung einzubringen. Es adressiert dabei insbesondere politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger in Bund und Ländern.

Ausgangspunkt

Ausgangspunkt der hier angestellten Überlegungen ist ein ganzheitliches Bildungsverständnis, das für den öffentlichen, politischen und fachlichen Diskurs in Deutschland seit einigen Jahren prägend ist. Es geht davon aus, dass Bildungsprozesse den ganzen Menschen umfassen und sowohl kognitive und sachbezogene Kompetenzen als auch personale und soziale Kompetenzen einbeziehen.

Schule der Bürgergesellschaft **Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen**



Bildung und Lernen ist ein lebenslanger Prozess, geschieht in der aktiven Aneignung der Welt durch das Individuum als Selbstbildung und zielt darauf ab, dass sich alle Potenziale eines Menschen entfalten können.

Zeitgemäße Konzepte von Bildung und Lernen bauen auf der grundlegenden Einsicht auf, dass neben dem formalen Lernen in der Schule auch das non-formale Lernen (z.B. in Fortbildungen und Kursen) sowie das informelle Lernen anerkannt, gefördert und mit dem schulischen Lernen verknüpft werden muss. Verbunden mit einem solchen Verständnis ist die Frage, wie Schulen dazu beitragen können, dass Schülerinnen und Schüler zu aktiver Bürgerschaft in einem demokratischen Gemeinwesen motiviert werden.

In den letzten Jahren hat sich für den Erwerb bürgerschaftlicher Kompetenzen in Anlehnung an Debatten im angelsächsischen Raum auch in Deutschland der Begriff "Civic Education" durchgesetzt. Gemeint ist damit im Kern die Erziehung und Bildung zum "kompetenten, mündigen Bürger". Im Begriff "Civic Education" bündeln sich Ansätze und Strategien der politischen Bildung, der Stärkung von Partizipation von Kindern und Jugendlichen, der demokratischen Gestaltung des Alltags in pädagogischen Einrichtungen sowie der Förderung von bürgerschaftlichen Engagement. Civic Education zielt auf die Ausbildung von Haltungen, Bereitschaft und Fähigkeiten zur Mitbestimmung in und Mitgestaltung von unserer Gesellschaft.

Gelernt wird an vielen Orten, auch im bürgerschaftlichen Engagement. Es besteht gegenwärtig die Chance, Schule und bürgerschaftliches Engagement neu und aufeinander bezogen zu denken. Damit können sowohl für das bürgerschaftliche Engagement als auch für die Schule bessere Perspektiven erschlossen werden. Bürgerschaftliches Engagement ist dabei sowohl Bildungsziel als auch Bildungs-ort. Engagement und die dabei stattfindenden informellen und nonformalen Bildungsprozesse z.B. in Vereinen, Verbänden, Projekten und Initiativen eröffnen Möglichkeiten für ein Lernen in lebensweltlichen Zusammenhängen, für ein gemeinsames Problemlösen zusammen mit anderen.

Civic Education und demokratisches Gestaltungshandeln lassen sich nicht ausschließlich durch theoretischen Unterricht erlernen. Theoretische Reflexionen müssen hier systematisch mit praktischen Erfahrungen in „Ernstsituationen“ verknüpft werden. Es gilt deshalb, diese Aufgaben als übergeordnete Prinzipien im Schulalltag als Elemente der Schulkultur zu entfalten. Wenn Schulen sich hin zu ihrem Umfeld öffnen und selbst als Teil der Bürgergesellschaft verstehen, entwickeln sich vielfältige Möglichkeiten für neue Lernarrangements. Schule kann so einen Beitrag dazu leisten, die nachwachsende Generation für eine aktive Beteiligung und Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens zu gewinnen.

Dieser Beitrag ist besonders wichtig, da das bürgerschaftliche Engagement Heranwachsender in Deutschland – ebenso wie der Bildungserfolg – in starkem Maße von der sozialen Herkunft bestimmt (Shell-Jugendstudie 2006, Freiwilligensurvey 2009) wird. Die soziale Selektivität im bürgerschaftlichen Engagement wird gesellschaftspolitisch zu einem immer größeren Problem und verlangt neue Ansätze und Wege des Handelns, um auch bei engagementfernen Gruppen Bereitschaft und Motivation zum Engagement zu wecken. Schulen als Institutionen, die alle jungen Menschen erreichen, kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

Schule der Bürgergesellschaft **Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen**



Anliegen und Adressaten

In den zurückliegenden Jahren sind zahlreiche Annäherungen zwischen Schule und Bürgergesellschaft erzielt worden. Über die Bedeutung bürgerschaftlicher Kompetenzen wird häufiger und selbstbewusster diskutiert. Neue Ideen, Ansätze und Modelle werden erprobt; die Praxis ist vielfältig und in der Gesamtheit des Bildungs- und Erziehungssystems inzwischen auch sichtbar.

Aber: Engagement und Partizipation sind bislang noch nicht selbstverständlicher Teil schulischen Alltags und schulischer Kultur. Um bürgerschaftliches Engagement in angemessener Form in den aktuellen Bildungsreformprozessen zu verankern, bedarf es weiterer, gemeinsamer Anstrengungen. Ziel muss es sein, die bürgerschaftliche Perspektive in den maßgeblichen Debatten der Bildungspolitik und der pädagogischen Zielbestimmung der Schule zu verankern.

Die in diesem Papier vorgestellten Handlungsempfehlungen wollen einen Impuls setzen und erforderliche nächste Entwicklungsschritte anstoßen. Verbunden ist damit die Hoffnung, der Diskussion um eine „Schule der Bürgergesellschaft“ einen entscheidenden Schub zu geben und bürgerschaftliche Reformperspektiven in unserem Bildungssystem zu stärken.

Handlungsansätze

Verschiedenste unterrichtliche und außerunterrichtliche Handlungsansätze sind im Rahmen von Civic Education erfolgreich erprobt. Demokratiepädagogische Ansätze denken vom Kind und Jugendlichen aus und ermöglichen ihnen Mitentscheidung und Mithandeln auf den verschiedensten Ebenen der Schule (Klassenrat, Stufenparlament, Deliberationsforen usw.). Der Dreiklang – tatsächliche Verantwortungsübernahme, Erfahrung eigener Wirksamkeit und Anerkennungskultur – sorgt für eine gute Schulkultur, die wiederum ein besseres Lernen ermöglicht.

Prägend für Civic Education ist zum einen der kognitive Wissenserwerb über die Inhalte und die Themenvielfalt des bürgerschaftlichen Engagements. Dazu gehören die unterschiedlichen gesellschaftlichen Vereine, Verbände und Initiativen aus den Bereichen Sport, Kultur, Jugend, Umwelt oder Gender; vielfach gehören sie bereits zu den Kooperationspartnern der Schulen.

Zum anderen sind verschiedenste Angebote Orte für Civic Education – seien es Paten- und Mentoringprogramme, die Unterricht und Engagementlernen verbindende Methode des Service Learning, Arbeitsgemeinschaften, Schulchöre, Projektwochen, Sozialpraktika, Schülerfirmen usw.

Auch einer engagierten Elternarbeit kommt bei der Entwicklung einer demokratischen Schulkultur eine wichtige Rolle zu. Der Förderverein ist eine ideale Plattform, Eltern zu gewinnen, die an Gremienarbeit kein Interesse haben. Hier sind Eltern-Cafés, Informations- und Austauschabende, Fortbildung, Spracherwerb, Kulturbegegnung und Hausaufgabenbetreuung, aber auch Ansätze der Engagementförderung von Kindern und Jugendlichen möglich. Jede und jeder kann ihre und seine Fähigkeiten einbringen.

Schule der Bürgergesellschaft **Bürgergesellschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen**



Impulse für die Politik in Bund und Ländern:

Ein 10 Punkte-Programm zur Förderung von Civic Education

Die Förderung und Etablierung von Civic Education benötigt ein abgestimmtes, kooperatives Zusammenwirken von Politik in Bund, Ländern und Kommunen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Unternehmen. Die im Folgenden aufgelisteten Impulse richten sich in erster Linie an die politischen Akteure in Bund und Ländern. Sie zielen auf die Verankerung von Partizipation und Engagement in Schulen, geben wichtige Anstöße für eine bürgerschaftliche Schulentwicklung und zeigen neue Bildungschancen im Kontext von Schule auf.

1. Civic Education einen zentralen Stellenwert in der öffentlichen und fachlichen Bildungsdiskussion geben

Die Bildung zu aktiver und mündiger Bürgerschaft in demokratischer Verantwortung gehört zum Kernauftrag von Schulen. Schule kann diese Aufgabe nur durch eine Öffnung zum gesellschaftlichen Umfeld und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren erfüllen. Bürgerschaftliches Engagement schafft neue und andere Bildungschancen. Sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler können von diesen in besonderem Maße profitieren.

Nur Schulen, die Möglichkeiten für Mitbestimmung und Mitgestaltung schaffen und mit Organisationen und Akteuren des Gemeinwesens zusammenarbeiten, sind zeitgemäße Schulen. Dies erfordert eine kooperative Schulentwicklung. Sie wird nur gelingen, wenn alle mitwirken: der Staat und das Schulsystem in seiner rahmensetzenden und ermöglichenden Funktion, die Einzelschule und die außerschulischen Bildungseinrichtungen in ihrem pädagogischen Verständnis und Handeln, die zivilgesellschaftlichen Organisationen in ihrer Verantwortung für die Weiterentwicklung der Schulen, und die Kommunen in der Initiierung kommunaler Vernetzung und Zusammenarbeit.

Wir empfehlen Bund und Ländern:

- den Austausch und die Vernetzung zwischen den Akteuren des Bildungssektors, der Bürgergesellschaft und den Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis zu unterstützen;
- den fachlichen und politischen Diskurs anzuregen;
- mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Praxis zu kooperieren;
- die Entwicklung pädagogischer Ansätze und Methoden sowie ihre breite Umsetzung aktiv zu fördern, die herkunftsbedingte Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen im Zugang zu Engagement und Partizipation abzubauen.

2. Ein klares politisches Mandat und rechtliche Grundlagen für Civic Education schaffen

Alle Schulgesetze der Länder formulieren normative Bildungsziele im Bereich gesellschaftlicher Verantwortung, zur Schulöffnung und zur Kooperation mit außerschulischen Partnern. Eine konkrete Verankerung von Civic Education in den Schulgesetzen, Bildungsplänen und Curricula sollte, daran anknüpfend, einen eindeutigen Auftrag mit entsprechend beschriebenen Zielen,

Schule der Bürgergesellschaft

Bürgergesellschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen



Kompetenzbereichen, Inhalten und Formaten (z.B. Fachunterricht, Praktika, Wahlpflichtkurse, Arbeitsgruppen) formulieren.

Wir empfehlen Bund und Ländern:

- einen klaren rechtlichen Bezugsrahmen zu schaffen und damit Schulen und engagierten Akteuren Orientierung und Handlungssicherheit zu geben;
- Civic Education in den rechtlichen Grundlagen zur Entwicklung von Ganztagschulen klar und eindeutig zu positionieren.

3. Kooperation von Bund und Ländern initiieren und Zusammenarbeit rechtlich absichern

Um bürgerschaftliches Engagement und Partizipation wirkungsvoll in Schulen und anderen Bildungsinstitutionen zu verankern, bedarf es auch entsprechender Praxisprogramme. Bund-Länder-Programme haben in der Vergangenheit eindrucksvoll Innovationen vorangetrieben. An diese Erfahrungen gilt es anzuknüpfen. Die Entwicklung und Erprobung neuer und besserer Formen der Zusammenarbeit von Schulen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, des Lernens und Unterrichtens sowie die Initiierung einer neuen Unterrichts-, Lern- und Schulkultur könnte durch ein Bund-Länder-Programm mit entsprechender inhaltlicher Ausrichtung entscheidend vorangetrieben werden.

Wir empfehlen Bund und Ländern:

- das mit der letzten Föderalismusreform beschlossene Kooperationsverbot in Bildungsfragen zu lockern;
- gemeinsame Bemühungen von Bund und Ländern für eine frühe Förderung von Engagement und Partizipation in Schulen wieder zu ermöglichen;
- zeitnah ein Bund-Länder-Programm zu entwickeln und umzusetzen.

4. Lehrerinnen und Lehrer von Anfang an qualifizieren und fachlich durch Aus-, Fort- und Weiterbildung unterstützen

Die Förderung von Civic Education braucht Qualifizierung und Weiterbildung. Die Lehrerinnen und Lehrer müssen bereits in ihrer grundständigen Ausbildung entsprechende pädagogische Haltungen und Handlungskompetenzen entwickeln. Für bereits aktive Lehrerinnen und Lehrer sind entsprechende Fort- und Weiterbildungsangebote erforderlich. Nur so können Engagement und Partizipation der Schülerinnen und Schüler, innere und äußere Öffnung von Schule sowie die konstruktive Zusammenarbeit mit bürgerschaftlichen Akteuren nachhaltig gestärkt werden.

Wir empfehlen den Ländern:

- Civic Education in den Ausbildungsgängen von Lehrerinnen und Lehrern zu verankern und einen hohen Stellenwert zu geben;
- passgenaue Fort- und Weiterbildungen anzubieten.

Schule der Bürgergesellschaft

Bürgergesellschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen



5. Durch Modellprojekte und Modellregionen Leuchttürme schaffen

Auch die Länder können mit zielgerichteten Programmen Projekte und Methoden der Civic Education erproben und etablieren. Durch solche Programme können Schulen wirkungsvoll in der praktischen Umsetzung von Civic Education unterstützt werden. Gleichzeitig profitieren Schulen dadurch in der Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags.

Engagementförderung in und durch Schulen braucht Kooperation und Vernetzung mit gesellschaftlichen Organisationen. Besonders vielversprechend ist dies in Kommunen und Regionen, in denen Schulen, Kindertagesstätten, Jugendorganisationen, kommunale Einrichtungen, die Verwaltung etc. eng miteinander zusammenarbeiten. Nur wenn Engagement und Partizipation von Kindern und Jugendlichen als gemeinsames Ziel verankert ist, kann die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen durch vielfältige und passgenaue Engagement- und Partizipationsangebote geprägt werden.

Wir empfehlen den Ländern:

- die Chancen der Zusammenarbeit mit Kommunen, Zivilgesellschaft und auch Unternehmen für die Entwicklung konkreter Modelle zu nutzen;
- die Entwicklung von Modellprojekten und -regionen durch finanzielle Ressourcen, Vernetzungsstrukturen, Qualitätskriterien, fachliche und wissenschaftliche Begleitung zu unterstützen;
- Modelle der Elternpartizipation und des Elternengagements in Schulen zu unterstützen, die über die gesetzliche Elternmitbestimmung hinausgehen;
- gute Praxis zu verbreiten und bekanntzumachen.

6. Civic Education und Demokratiebildung in Schulen wirksam und vielfältig unterstützen

Für die Erprobung von Ansätzen und Methoden der Civic Education ist es für Schulen hilfreich, auf pädagogische Materialien, praxistaugliche Empfehlungen und Handreichungen, die Aufbereitung gelungener Beispiele, Erfolgskriterien von Projekten und konkrete Umsetzungsmöglichkeiten zurückgreifen zu können. Bund und Länder können bei der Erstellung solcher Arbeitsmaterialien an Erfahrungen und Vorarbeiten zivilgesellschaftlicher Organisationen anknüpfen, gemeinsam mit ihnen Lücken schließen und neue Wege der Verbreitung und Zugänglichkeit solcher Materialien entwickeln.

Wir empfehlen Bund und Ländern:

- Schulen durch praktische Hilfestellungen (z. B. Methoden- und Materialenkoffer) zu ermutigen und zu unterstützen;
- ein Portal mit Lern- und Sharefunktionen aufzubauen;
- vorhandene Expertise zielgerichtet zu nutzen;
- öffentliche Aufmerksamkeit durch die Ausschreibung von Wettbewerben und Preisen zu erhöhen.

Schule der Bürgergesellschaft

Bürgergesellschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen



7. Bildung ganzheitlich denken: Diskurse verknüpfen und Akteure vernetzen

Die Diskurse um ein umfassendes Bildungsverständnis, die Ganztagschule, um Partizipation und bürgerschaftlichen Engagement, Nachhaltigkeit und Demokratiebildung werden nahezu parallel geführt. Eine Verknüpfung unter dem Begriff Civic Education bietet die Chance, die Bildungsbedingungen junger Menschen innovativ zu gestalten und Synergien zu erschließen. Ihre enge Verknüpfung würde die Ansprüche der einzelnen Debatten in ihrer Intensität, Konsequenz und praktischen Implementierung deutlich steigern und könnte durch ein bürgerschaftlich orientiertes Leitbild von Schule befördert werden.

Die Verknüpfung von Schule und Bürgergesellschaft braucht Anstöße und Initiativen sowohl „von oben“ über Fachdiskurse und bildungspolitische Initiativen als auch „von unten“ durch eine lebendige Praxis guter Projekte und Modelle. Dabei sind Möglichkeiten des gegenseitigen Lernens und des Transfers erprobter Modelle von zentraler Bedeutung. Vernetzung, Bündnisse und Partnerschaften sind auch hier der richtige Weg, um erfolgreichen Ideen zu ihrer Verbreitung zu verhelfen. Bund und Ländern kommt hierbei eine besondere Verantwortung zu.

Wir empfehlen Bund und Ländern:

- durch eigene Programme, Vernetzungen und Aktivitäten zur Weiterentwicklung und Gestaltung bürgerschaftlicher Perspektiven von Schule beizutragen.
- durch Programmzuschnitte, Förderrichtlinien und -kriterien einen Anreiz zu setzen, gezielt Schnittstellen zentraler pädagogischer Diskurse über Civic Education, bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation bei Konzeptentwicklung und -umsetzung zu identifizieren und zu bearbeiten.

8. Nicht nur in Projekte, sondern auch in Strukturen investieren

Bestehende Ansätze von Civic Education und Demokratiepädagogik leiden erheblich darunter, dass vorrangig Projekte, zeitlich befristet und mit häufig ungesicherter Nachhaltigkeit gefördert wurden. Innovative Ansätze einer bürgerschaftlichen Bildung bleiben in ihrer Wirkung begrenzt, wenn es bei solchen zufälligen und ungesicherten Ansätzen zu ihrer Verankerung im Bildungssystem bleibt. Benötigt werden klare rechtliche Regelungen und verlässliche Strukturen.

Angesichts dieser Erfahrungen und mit Blick auf die hohen und permanent wechselnden Anforderungen an die Institution Schule, ist es entscheidend – neben einer verlässlichen Förderung von Praxisprojekten – auch stabile Strukturen der Förderung von Engagement und gesellschaftlicher Mitgestaltung im Gemeinwesen zu etablieren, die den Schulen als kompetente Mittler, gut vernetzte Unterstützer und verlässliche Partner zur Seite stehen.

Solche Funktionen übernehmen innerhalb der Schulen vor allem Fördervereine sowie Beiräte (Elternbeiräte etc.). Ihre Rolle zu stärken und bürgerschaftliches Engagement in der Schule weiter zu entwickeln, wird eine wichtige Aufgabe sein. Auf kommunaler Ebene können es insbesondere Freiwilligenagenturen und -zentren, Ehrenamtsbörsen, Seniorenbüros, Nachbarschafts- und Mehrgenerationenhäuser etc. sowie Jugendverbände, Jugendvereine und ehrenamtliche Organisationen sein. Auf Landesebene empfehlen sich insbesondere Netzwerke der

Schule der Bürgergesellschaft

Bürgergesellschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen



Engagementförderung. Auch auf der bundespolitischen Ebene gibt es Promotoren der Engagement-, Partizipations- und Demokratieförderung, deren Wirksamkeit ebenfalls durch verlässliche Unterstützung erweitert werden muss.

Wir empfehlen daher Bund und Ländern:

- eine langfristige und verlässliche Förderung von gesellschaftlichen Akteuren im Bereich von Civic Education, Demokratiepädagogik und bürgerschaftlichem Engagement.
- eine nachhaltige Förderung der genannten Infrastrukturen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene.

9. Öffentlich Rechenschaft ablegen

Die Bemühungen zur Etablierung von Engagement- und Demokratieförderung in Schulen müssen nachvollziehbar und in ihren Erfolgen messbar sein.

Wir empfehlen daher Bund und Ländern:

- die Verankerung von Civic Education und Demokratiepädagogik in den konzeptionellen Grundlagen des Bildungsmonitorings des Bundes und der Länder.
- die Evaluation von Praxisprojekten und Infrastrukturförderung im Bereich von Civic Education und bürgerschaftlichem Engagement.

10. Wirkungsforschung fördern, an internationalen Vergleichsstudien teilnehmen

Das Wissen über Wirkung und Erfolg von Programmen und Projekten der Civic Education ist ungesichert und lückenhaft.

Wir empfehlen daher Bund und Ländern:

- die Förderung von Wirkungsforschung in diesem Feld;
- die Teilnahme Deutschlands an der International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) 2016, die analog zu PISA, TIMMS und IGLU Stand und Entwicklungen im Bereich von Civic Education im internationalen Vergleich misst.

Fazit

Schule kann ihren Auftrag einer umfassenden Bildung nur durch eine Öffnung zum gesellschaftlichen Umfeld und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren erfüllen. Zu einem zeitgemäßen Bildungsverständnis gehört es, formale, informelle und non-formale Bildung miteinander zu verzahnen, und das bürgerschaftliche Engagement sowie die demokratische Beteiligung einzelner und zivilgesellschaftlicher Organisationen in die Unterrichts- und Schulentwicklung einzubinden. Hiervon profitieren alle: die Schülerinnen und Schüler, da sie soziale und demokratische Kompetenzen erlernen, die Lehrerinnen und Lehrer, weil sie die Erfahrungswelten und Bildungspotentiale gemeinnütziger Organisationen für ihren Unterricht nutzen können, die Schule,

Schule der Bürgergesellschaft **Bürgerschaftliche Perspektiven für moderne Bildung und gute Schulen**



weil sie sich zusätzliche Potenziale des Kompetenzerwerbs erschließt, und die Gesellschaft, weil die Stärkung ziviler und demokratischer Kompetenzen ihre Integrationskraft stärkt.

Alle hier beschriebenen Maßnahmen sind ohne die Bereitstellung von Finanzmitteln nicht zu realisieren. In Deutschland wird nach wie vor – auch im Vergleich zu anderen europäischen Staaten – zu wenig Geld in den Bildungssektor investiert. Bund und Länder haben sich daher auf dem Bildungsgipfel 2008 dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2015 den Anteil der gesamtstaatlichen Aufwendungen für Bildung und Forschung auf 10 % des Bruttoinlandsprodukts zu steigern. Hierbei sollte auch dem Anliegen der Civic Education ein angemessener Anteil zukommen.

Selbstverständnis der Akteure

Die Akteure und Träger dieser Tagung werden sich weiterhin aktiv in Bildungspolitik und Engagementpolitik einbringen. Sie werden sich dazu vernetzen und auch andere davon überzeugen, dass eine gemeinsame Lobbyarbeit im Interesse früher Engagement- und Demokratieförderung von Kindern und Jugendlichen sowie der Entwicklung bürgerschaftlich orientierter Schulen sinnvoll und möglich ist. Politik allein wird dies nicht richten können. Politische Weichenstellungen in Bund und Ländern können aber positive Rahmenbedingungen schaffen, deren es dringend bedarf.

Wir werden den Umgang mit dem Impulspapier konstruktiv-kritisch begleiten und bleiben gerne in engem Austausch und Kontakt mit den politischen Entscheiderinnen und Entscheidern.

ⁱ Das im Jahr 2002 gegründete Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist ein Zusammenschluss von Akteuren aus Bürgergesellschaft, Staat und Wirtschaft. Das übergeordnete Ziel des Netzwerks ist die nachhaltige Förderung von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in allen Gesellschafts- und Politikbereichen. Es ist die gemeinsame Aufgabe aller Mitglieder, in nachhaltiger Weise bestmögliche rechtliche, institutionelle und organisatorische Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement zu schaffen. Dabei sieht das BBE Engagementförderung als eine gesellschaftspolitische Aufgabe an, die sich nicht auf einzelne Engagementfelder beschränkt, sondern sämtliche Gesellschafts- und Politikbereiche umfasst. Dabei geht es sowohl darum, Eigenverantwortung, Partizipation und Selbstgestaltung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken als auch neue Formen und Verfahren für gesellschaftliches Mitentscheiden und Mitgestalten zu entwickeln. Hierzu gehört der Abbau bürokratischer Hemmnisse ebenso wie die Fortentwicklung engagementfreundlicher Bedingungen in Organisationen und Institutionen. Das BBE orientiert sich am Leitbild einer aktiven Bürgergesellschaft, die durch ein hohes Maß an Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung des Gemeinwesens geprägt ist (Leitbild BBE).